



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.  
1886-1916  
1909**

574 (9.12.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-319307](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-319307)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Eingelassen 30 Pf. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
aufschlag 24. 8.42 pro Quartal.  
Einzel-Nummern 6 Pf.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros  
in Berlin und Karlsruhe.

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger  
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449  
Druckerei-Bureau (An-  
nahmen, Druckarbeiten) 841  
Redaktion . . . . . 877  
Expedition und Verlags-  
buchhandlung . . . . . 218

Inserate:

Die Colonel-Zeile . . . 25 Pf.  
Aufwärts je Zeile . . . 20  
Die Restzeile . . . 1 Mark

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 374.

Donnerstag, 9. Dezember 1909.

(Abendblatt.)

### Neben dem Strom.

Die großen Tage des Reichstages beginnen heute, zum mindesten können es große Tage werden. Erste Lesung des Etats steht auf der Tagesordnung. Aber nach feststehendem Brauch werden sich die Reichsboten mit der Regierung nicht nur über die möglichst sparsame Einrichtung des Haushalts unterhalten. In diesem Jahre schon erst recht nicht. Sie haben alleamt zu viel Horn und Inginn auf dem Herzen, der Heruntergeredet werden muß, sie haben darüber hinaus das äußerste gerechtfertigte Bedürfnis, nach einem Leitfadern durch die Wirren und Dunkelheit der laufenden Zeiten zu suchen und neue Möglichkeiten und neue Ziele zu erkennen, nachdem die Kräfte sich gemessen haben und die Forderungen angemeldet worden sind.

Von diesem Bedürfnis nach einer sicheren Orientierung in dem Hin- und Herströmen der politischen Muten hält sich mit löstlicher Unbefangenheit frei — so scheint es doch — die Regierung unter der Reichskanzlerschaft des Herrn Major von Bethmann-Hollweg. Es liegt heute so etwas wie eine offizielle Information vor über die Linie seines Verhaltens: der neue Reichskanzler findet in sich keinen Antrieb und in den Parteiverhältnissen des Reichstages keinen zureichenden Grund, in die scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen, die kommen werden, mit irgend welchen leitenden, erhebenden, richtunggebenden Gedanken einzugreifen oder ein politisches Programm zu entwickeln, das er — nicht hat. Doch diese Anknüpfung sehr trübselig und erbaulich wirkt, quis est, qui neget? Es ist eine Zeit der inneren Unruhe und Erregung, des Emportreibens neuer politischer Versuche und des anstehenden Niederganges bisheriger Konstellationen. Es scheint wirklich, als wolle eine ganz durchgreifende Auseinandersetzung zwischen der Rechten und der Linken ansetzen, wenigstens sind bestimmte Tendenzen solcher Entwicklung heute deutlicher erkennbar als je bisher; im Sozialbund, im Bauernbund kommen neue Bildungen ins politische Leben, die großen wirtschaftlichen Verbände, die erstarrenden Beamten-Organisationen üben harten Druck auf die politischen Parteien; das Zentrum greift wieder nach der Macht, kommt mit Toleranzantrag und befreit den politischen Widerstand; zwischen den nationalen Parteien kauft ein Spalt, über den kein höheres Naras mehr hinwegzieht; in der Sozialdemokratie evolutionistische Gärung, im Konservatismus Revolte. Und der leitende Staatsmann — der leitende — steht mit gedankenvollem und besinnlichem Ernst vor diesem Schauspiel, verfolgt diesen Gärungsprozess mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und in sorgfältiger Analyse. Aber er weiß und will keine Einwirkung auf ihn, er läßt ihn sich entwickeln. Was sich herausbildet, wer weiß? Wir wollen den Reichskanzler, die Persönlichkeit meinen wir, nicht schelten. Es ist seine Art und seine Auffassung. Aber daß sie die richtige sei, daß sie der Zeit angemessen sei, das wird weithin bezweifelt werden. Wir meinen, gerade in dieser Zeit der Unruhe und Erbitterung unter den Parteien gehöre aus Staatsruder eine zielweisende, zusammenfassende Kraft, sonst stehen die Auseinandersetzungen der Parteien, um die wir nicht herumkommen, dahin und auseinander und nicht eine Reinigung, sondern eine weitere Verdampfung der politischen Atmosphäre ist das unbeabsichtigte Ergebnis unendlicher Debatten. Mit einiger

Sicherheit läßt sich sagen, daß Fürst Bülow in ähnlicher Situation anders gehandelt haben würde, als Bethmann-Hollweg handeln will. Und wir meinen, daß eine eindrucksvolle parlamentarische Kundgebung der Regierung in diesen trüben und schwankenden Verhältnissen geradezu eine Forderung des Tages sei. Aber Herr von Bethmann-Hollweg verjagt sie uns und vertritt den Reichstag auf spätere Zeiten; wenn erst einmal große politische Aufgaben an ihn herantreten, dann will der Reichskanzler auch eine große politische Rede halten. Wir meinen nun in aller Bescheidenheit, daß die heute anstehenden Auseinandersetzungen der Parteien die tief hineinschneiden werden in die gesamten zukünftigen innerpolitischen Verhältnisse, die um große grundlegende Fragen, nicht um dieses oder jenes Alltags- und Durchschnittsleid gehen, aller Wahrscheinlichkeit nach im letzten Kern die größte, der gegenwärtigen Reichstagsession — wenn auch nicht von der Regierung — angeordnete politische Aufgabe sei, großer u. wichtiger als Reichsversicherungsordnung und anderes. Es ist ein ganz eigenartiges Verkennen der inneren Lage, daß der Reichskanzler das nicht einseht. Und er hätte doch so ausgezeichnete Gelegenheiten gehabt, aus der Geschichte der Präsidentschaftswahl zu erkennen, wo der unmittelbaren Gegenwart große politische Aufgabe liegt, einzusehen, daß diese unmittelbarste Gegenwart tatsächlich eine große politische Aufgabe zu lösen und nicht nur etliche parlamentarische Geschäfte zu erledigen hat, und sich dieser Aufgabe stark bemußt ist.

Herr von Bethmann-Hollweg aber kennt eine solche Aufgabe nicht und hält sich daher für berechtigt, neben dem Strom einher zu wandeln. Die Parteien des Reichstages werden das nicht hindern können, die Auseinandersetzung wird nach der freiwilligen Selbstverständigung der Regierung auf je selbst beschränkt bleiben. In welchem Sinne sie erfolgen wird, ist nach der Meinung, die die Präsidentschaftswahl brachte, nicht schwer zu sagen. Zentrum und Konservative kommen immer mehr in Fühlung miteinander, das will gemeinschaftliches antiliberales Fühlen ebenso wie der innere logische Zwang der Entwicklung, die die Dinge seit der Reichsfinanzreform genommen haben. Die Konservativen steigern sich in eine immer größere Wut gegen die Liberalen, vorzüglich die Nationalliberalen hinein, die „Kreuz-Zeitung“ hat ja schon gedroht, die Konservativen würden den Nationalliberalen nicht mehr Stütze sein gegen die Sozialdemokraten leisten. Auf der andern Seite werden die liberalen Parteien zu einer gründlichen Kritik des Schwarz-blauen Blokes auslösen, was ebenso ihr Recht wie ihre Pflicht ist. Auch die Nationalliberalen, unbekümmert um jenen seltsamen Nationalliberalen, der gestern in der „Kreuz-Zeitung“ gegen die eigene (V) Partei vom Reder zog und sie in stürmischer Fahrt über die Freisinnigen weg zur Sozialdemokratie abgleiten sah — und ihren Führern feig aus dem Hinterhalt einige abfällige Pfeile nachsandte. Sie wissen genau, wie weit sie sich an der Opposition beteiligen dürfen — aber auch müssen — und sie wissen ebenso genau, wo über allen Parteihader hinweg für sie die positive Mitarbeit als selbstverständliche nationale Pflicht beginnt. Von dem heutigen Konservatismus scheiden sie sich scharf und scharf, aber diese Scheidung ändert nichts an ihrem Grundwesen als einer nationalen und liberalen, auf Arbeit und nicht auf Negotiation gestellten Mittelpartei. Gespannt wird man auf das Verhalten der Sozial-

demokratie sein dürfen. Wenn sie es jetzt über sich gewinnen könnte, aus der eben Negotiation herauszutreten, das Geschwätz über die Verrottung der untergangreifen Gesellschaft aufzugeben und sich endlich unter Drangabe ihrer Utopien an die Seite der bürgerlichen Linke im Kampfe gegen Zentrum und Agrarkonservatismus zu stellen, dann könnte Großes erreicht werden. Aber wer glaubt, daß die heutige sozialdemokratische Reichstagsfraktion so kluge, weitblickende, staatsmännische Politik treiben werde? Die Zeiten sind noch fern, Stadthagen und Genossen werden sozialdemokratische Politik treiben und keine andere!

Und so kann der Tanz beginnen. Herr von Bethmann-Hollweg aber schaut ruhig und gelassen neben dem Strom den wirbelnden Wellen zu. Herr von Bethmann-Hollweg ist der fünfte leitende Staatsmann des neuen Deutschen Reiches.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 9. Dezember 1909.

#### Kurze Praktiken.

(n.l.c.) Um dem Gerede von den Subsidien ein Ende zu machen, die angeblich die nationalliberale Partei vom Zentralverband deutscher Industrieller erhalten hätte, hat die „D. Volksw. Korresp.“ — ein sonst den Nationalliberalen nicht gerade wohlgesinntes Organ — dieser Tage die Genese der ganzen Geschichte erzählt. Wie nach der Reichstagsauflösung Fürst Bülow an den damaligen Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn Kopelius, mit dem Erlauben heranzutreten sei, aus der Industrie heraus Geldmittel für den Wahlkampf zu sammeln. Wie dann einige hunderttausend Mark aufgebracht worden seien und nun ein Komitee einberufen, um über die Verteilung der Mittel zu beraten. Und wie schließlich auch die Herren Dued und Beumer in dies Komitee eingetreten wären; aber erst zu einem Zeitpunkt, als die Verteilung der Gelder bereits feststand. Der Gelder, von denen ein Teil dann auch der nationalliberalen Fraktion zufließen sollte. Diese — durchaus korrekte — Wiedergabe des wirklichen Sachverhaltes begleitet der „Reichsbote“ mit folgenden Sätzen:

„Es handelt sich bei dem Dementi aber nur um eine vertuschende Wortklauberei; denn die nationalliberale Fraktion kann sich ja darauf berufen, daß sie das Geld nicht unmittelbar von den Herren Dued usw. erhalten hat, sondern durch den Reichskanzler oder seinen Stellvertreter. Aber die Quelle bleibt freilich dieselbe.“

Wir wollen zur Ehre des „Reichsboten“ annehmen, daß ihm an die Dinge, über die er schreibt, keine Erinnerung mehr lebt. Oder, daß er nie von ihnen etwas gewußt hat. Die Wahrheit ist: daß aus diesem auf Anregung und Betreiben des früheren Herrn Reichskanzlers zusammengebrachten Fonds (der nebenbei ja auch keineswegs ein „Fonds des Zentralverbandes deutscher Industrieller“ war) alle bürgerlichen Parteien Beiträge erhalten haben. Also nicht nur die Nationalliberalen, sondern ebenso die Konservativen beider Strömungen, die Freisinnigen und vermuldet auch die wirtschaftlich vereinigten Antikemiten. Das ist längst publici juris; ist vom Fürsten Bülow frank und frei vor dem Reichstage und der Nation anstandslos werden und könnte allmählich ad

### Feuilleton.

#### Entdeckung der Urrebe in der Pfalz.

Von Friedrich Zimmermann, Mannheim.

Eine merkwürdige Notiz macht gegenwärtig die Runde durch alle Blätter der Pfalz. Bei Ebersheim soll die Urrebe entdeckt worden sein. Die Mitteilung wurde offenbar von dem Berichterstatter einer Zeitung an die Redaktion geleitet, welcher von den pflanzengeographischen Verhältnissen keine Ahnung hat. Sollte dieser bei einem Jagdpartie angekommen, so wäre er vor diesem Jerrum bewahrt geblieben. Das Vorkommen einer Urrebe in dem eigentlichen Deutschland kann nur durch verweirte Samen nachgewiesen werden. Nun hat man wirklich eine der amerikanischen Rebe (Vitis vulpina L.) nachfolgende Urrebe, die Vitis teutonica A. B., in Deutschland gefunden und zwar in versteinerten Wäldern, Traubenbeeren und Kernen. In der Schweiz wurden dann noch Fruchtspindel nachgewiesen. Die Urrebe ist also eine uralte deutsche Pflanze, die ohne Zweifel schon unsere mionocenen Schwäbeler mit ihren Stämmen umrankt hat. Lebend hat aber noch kein Botaniker jemals von dieser Urrebe eine Spur entdeckt. Was man für Urreben hält, sind nichts anderes als verweirte Reben, welche durch Vögel als Samen an ihre Standorte gelangt sind. Es ist ja bekannt, daß z. B. die Stare in ungeheuren Scharen im Herbst in die Weinberge einfallen und sich wochenlang die süßen Beeren schmecken lassen. Unsere pfälzischen Weinbauern grenzen unmittelbar an die Wälder des Saar- und Moseltalgebietes. Nicht nur die Stare herein, so fliegen diese Vögel hier in den Wald hinein. Die Exkremente fallen auf die Erde, und wenn die Bodenverhältnisse günstig sind, so keimen die Samen, nachdem sie den Verdauungsstadium unbeschädigt passiert haben. Wir haben einmal mit wilden Reben aus den Rheinwäldern bei Neuenburg unterhalb Wolf Kulturversuche unternommen. Wir pflanzten im Jahre 1888 mehrere Klögel der wilden Rebe an und bereits im Jahre

1887 konnte man die Wüchlinge von den Kulturpflanzen nicht mehr unterscheiden. Es war ganz dieselbe Rebe mit denselben Blättern, Blüten und Früchten. In welchem Zustande untersteht sich die verweirte Rebe von der angepflanzten durch die weniger zahlreichen und schwächer entwickelten Ranken, durch kleinere Blätter, vollständig wohlbehaltene Blüten mit kürzeren Staubfäden und durch viel kleinere Beeren und Samen. Die Kulturpflanzen behielten immer Zwittrerbüthen, d. h. die weiblichen und die männlichen Fortpflanzungsorgane sind immer in derselben Blüte beisammen. Die verweirte Rebe findet sich heute an vielen Stellen in der Nähe von Weinbergen, besonders in den Rheinwäldern, selten tiefer im Walde, weil die traubenreife Pflanze gewöhnlich nicht weit in die Wälder eindringen. Auf den großen Abfahrlagen unserer Städte kann man in jedem Jahre Hunderte von Rebenpflanzen der Rebe finden. In die Trauben in guten Weinjahren sehr billig sind, so werden sie wochenlang in großen Mengen konsumiert. Es gelangen dann die faulen und verdorbenen Beeren auf diese Plätze und die Samen fangen an zu keimen, und wenn die Bodenverhältnisse günstiger wären, so hätten wir genug verweirte Reben; aber niemals die deutsche Urrebe, sondern immer nur die von unserer Kultur abkommende verweirte Rebe.

Unsere ältesten Botaniker bis auf die neueste Zeit kennen alle nur die verweirte Rebe. Der älteste Botaniker der Pfalz, Hieronymus Bod, dessen sogenanntes „Arzneybuch“ im Jahre 1556 zu Straßburg erschien, schreibt über die Rebe: „Zwischen Strazburg und Sober ganz gemein, wachsen auf die hohen Hüme, die müssen sie tragen.“ (Noch heute kann man in dem Reicher Rheinwald bei Schwingen wilde Reben finden, die bis in die Wälder der höchsten Hümen klettern. Wir haben das Vorhandensein im Jahre 1904 selbst festgestellt und in unserem Herbarium sind Exemplare von dort.)

Die im Jahre 1891 erschienene lateinische „Flora Mannhemensis Et Vicinarum Regionum Cis-El-Transrhena-rium“ von Suetow schreibt: „In silva prope Neckarau, in insulis Rheni frequens, praeterea abunde in regionibus cis-et transrhena collitur. Floret Junio.“

Die heilige Flora des H. J. Schmittspahn, erschienen im Jahre 1880, erwähnt nur die Kulturrebe und enthält überhaupt nichts von verweirten Pflanzen.

Die Flora von Heidelberg von Prof. Joh. Ant. Schmidt, erschienen im Jahre 1857, schreibt auf Seite 60: „In den Wäldern hier und da, z. B. bei Wiesloch, häufig verweirbt.“

Die „Flora der Pfalz“ von Dr. S. Schulz schreibt: „Verweirbt in den Wäldern der Rheinpfalz.“

Die „Flora des Großherzogtums Baden“ von J. G. Dahl (1862) schreibt: „Vitis sylvestris Gmelin, (Bl. tab. 1. 848) in den Wäldern der Rheinpfalz, z. B. bei Neuenburg, in der Karlsruher Gegend bei Daxlanden, Amlingen und Eggelsheim, bei Reulshausen, Schwingen und Ransheim; auch in den Hügelgebirgen am Bodensee zwischen Goldbach und Sibingen, sowie bei Mühlheim und Wiesloch, wohlfeinlich nur verweirbt.“

Die „Flora von Kreuznach“ von L. Geisenhauer schreibt: „Im Haupttrebengebiet verweirbt die Pflanze bisweilen, namentlich durch freiwillige Ausfaat, als durch Roden in älteren, nicht mehr benutzten Wäldern und an Reifen Weingärten.“ Georgi und Döhl erwähnen die Rebe in ihren Floren nicht, weil sie überhaupt nur wenig verweirte Pflanzen aufgenommen haben.

In meiner Adventisflora von Mannheim-Ludwigshafen habe ich die verweirte Rebe von Leisbach im Walde aufgenommen, trotzdem sie mir in den letzten 40 Jahren noch an massigen Orten begegnet ist. Ich werde diese Standorte in der zweiten Auflage meiner Flora nachtragen. Wie man aus diesen Wäldern sehen kann, ist also nichts Neues aufgefunden worden und es kann sich höchstens um einen selber noch unbekannt Standort in dem Walde von Ebersheim handeln.

### Buntes Feuilleton.

— Ein adventuristischer Klosterbruder. Der Abte Proiet Fidelis aus dem Franziskanerorden in Oberol (Ranten Jug), der mit dem Beinertrag einer Weltreise, etwa 600 Franken, eine Bergigungsreise nach Zürich machte, das Geld dort in lustiger

setzt gelegt werden. In dem Vorgang ist für unser Gefühl nichts, was irgendeine Partei belasten könnte. Empfinden die Konservativen in diesen Ständen anders, so hätten sie die Annahme der Gelder eben verweigern sollen. Aber erst standhaft den harten Taler einstreichen und dann den Nachbar der künstlichkeit denunzieren, ist, möchten wir verneinen, ein schließlich unanständiges Verfahren. Ein so unanständiges, daß wir uns der Hoffnung hingeben: die konservative und antisemitische Presse wird nach dieser kleinen Aufreißung ihres Gedächtnisses auf die bisherige Kunstübung gern verzichten.

**Der Stand der preussischen Wahlrechtsreform.**

Die Frage der preussischen Wahlrechtsreform scheint langsam, langsam in Fluß kommen zu sollen. Heute werden der „Magdeb. Zig.“ von angeblich eingeweihter Stelle Mitteilungen über den Stand der Frage geschickt, die mit deren Informationen in mehreren wichtigen Punkten übereinstimmen. Wir geben daher die Darstellung ausführlich wieder. Sie geht dahin: Die preussische Regierung habe in umfassender Weise alle Vorkehrungen getroffen, um dem Landtag möglichst bald der Fuzage der Thronrede entsprechend eine Vorlage unterbreiten zu lassen. Die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sind, sind erheblich. Vor allen Dingen erforderte die Beschaffung des zu Grunde zu legenden statistischen Materials eine Unsumme von Arbeit. Wollte man allerdings das Rezept verfolgen, einfach das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen, so ist ohne weiteres zuzugeben, daß dazu besonders viel Zeit nicht erforderlich wäre. Diese Möglichkeit hatte jedoch für die Regierung bei ihren Vorarbeiten außer Betracht zu bleiben. Ihre Untersuchungen mußten einen anderen Weg nehmen, um das preussische Wahlrecht zu modernisieren. Zu diesem Zweck sind an die unteren Instanzen eine Reihe von Fragebogen verfaßt worden, die in tausenden zurückgekommen und bearbeitet worden sind. So wird sich das Ministerium nach im Laufe des Dezembers mit der Materie befassen, und es ist bestimmt zu erwarten, daß vielleicht noch vor, zum mindesten aber gleichzeitig mit dem Zusammentritt des preussischen Landtages Mitte Januar das Ergebnis der Vorarbeiten der Deffenlichkeit mitgeteilt werden kann.

Zu welchen praktischen Vorschlägen sich diese Arbeiten verhalten werden, sei zurzeit noch nicht zu übersehen. Allerdings erhebe es Zweifelhaft, ob gerade das sächsische Wahlrecht zur Nachahmung reize; denn ein Pluralrecht bleibe, mag es auch noch so fein abgestuft sein, immer etwas Rohes und Ungefälliges, dessen einzelne Unterabteilungen viel zu oft von Zufälligkeiten und Keufertlichkeiten abhängen, als daß dadurch eine Gewähr dafür gegeben werden könnte, daß gerade der politisch durchgebildete Wähler einen stärkeren Einfluß erhalte. Daneben besteht immer noch die Möglichkeit einer Beibehaltung der Massen, weil dadurch die Gewähr geboten würde, daß die zweite Klasse dem Mittelstande erhalten bliebe, der auf diese Weise auf eine seiner Wichtigkeit entsprechende Vertretung rechnen könne. Auch eine Entscheidung darüber, ob öffentliche oder geheime Wahl, ist noch nicht getroffen. Für ausgeschlossen könne man es halten, daß der in jüngster Zeit von freikonservativer Seite gemachte Vorschlag zur Durchführung kommen könnte, in der Stadt geheime, auf dem Lande öffentliche Wahl einzuführen. Wahrscheinlich werde die Lösung dieser Frage dem Abgeordnetenhaus vorbehalten bleiben; wie denn auch femerzeit beim Reichstagswahlrecht die geheime Wahl erst durch den Reichstag selbst eingeführt worden ist. So hat ja auch Hüst Vilow erklärt, daß er die geheime Wahl nicht in Aussicht stellen könne, womit er angedeutet hat, daß er die Entscheidung dieser Frage dem Abgeordnetenhaus überlassen wolle.

**Badische Politik.**

**Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter.**

○ Karlsruhe, 8. Dez. Die von der Groß-Regierung zum Antrag Beschloß u. Sen. betr. Unterstützung der durch das Reichsgesetz vom 15. Juli 1909 (Aenderung des Tabaksteuergesetzes) geschädigten Arbeiter verlangte Auskunft ist dem „Volksfreund“ zufolge eingelaufen. Es ist daraus zu ersehen, daß in der Zeit vom 15. Juli 1909 bis gegen Mitte Oktober 7700 Unterstützungs-gesuche arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter in Baden eingereicht wurden, von denen 4951 als berechtigt anerkannt wurden, 590 abgelehnt, während 2219 Gesuche zur Zeit der Erhebung noch nicht erledigt waren. Bis Ende Oktober sind an Unterstützungen 129203 Mark 84 Pfg. ausbezahlt worden.

**Finanzminister Dr. Honell.**

□ Karlsruhe, 8. Dez. Die „Süddeutsche Nachrichten“ halten ihre Mitteilung von dem Rücktritt des Finanzministers Dr. Honell aufrecht und erörtern auch bereits die Frage der Nachfolgerwahl. Das genannte Blatt schreibt:

Damengesehäft durchbrocht und dann auf dem Helweg in der Nähe des Hofes einen Heberfall simuliert, indem er glauben machen wollte, Wegelagerer hätten ihn ausgeplündert. Dieser Heberläufer im Reichsgewand ist nun auch von der weltlichen Gerichtsbarkeit abgeurteilt worden. Er erhielt vom Jüger Strafgericht wegen Unterschlagung elf Monate Arbeitshaus.

— **Wissenschaften für Menschenaugen.** In der „Academie de médecine“ hat heute, wie die französische Zeitschrift „Des Années“ berichtet, Dr. Lagrange über seine Versuche der Transplantation eines tierischen Auges in die Augenhöhle eines Menschen Mitteilungen gemacht, die, wenn sie sich in ihrem ganzen Umfang bewahrheiten, beträchtliches Aufsehen erregen dürften. Das Problem, ein verloren gegangenes Auge durch ein lebendiges fremdes zu ersetzen, ist alt; Dr. Lagrange erklärt alle bisher unternommenen Versuche für gescheitert und gründlich im Gegenjah zu seiner Lösung. Die einzige Möglichkeit, zu einem vollständigen Erfolg zu gelangen, bestehe darin, ein lebendiges Auge (in feinen Vorstufen handelt es sich um die Augen von Kanarienvögeln) in jenen Teil des menschlichen Auges zu verpflanzen, der „die Tenonshöhle“ heißt, das ist die noch Jacques René Tenon (1724—1810) benannte verbildete verbildete Schicht des hinter dem Augapfel liegenden Zellgewebes, die diesen kapselartig umfaßt. Es ist nun — nach Lagrange — nicht möglich, das verplante Auge in seiner Ursprünglichkeit und ohne daß es etwas blutet, zu erhalten; sein Verlangen verkleinert sich sofort nach der Verpflanzung, und durch Räden der wachsenden Wunde muß alles geschehen, damit ein weiterer Verfall ausgeschlossen werde. Ein demütliches tierisches Auge soll vor allem möglichst einen viel besseren Ersatz machen, als ein künstliches Small- oder Glasauge.

— **Schach und die Spieluhr.** Es ist so gut wie unbekannt, daß Josef Sando eine besondere Vorliebe für Spieluhren besaß und selbst eine ganze Anzahl von Kompositionen für diese mechanischen Kunstwerke geschrieben hat. Die Königlich Preussische in Berlin

Als Nachfolger des Finanzministers Honell kommt in erster Linie der bad. Bundesratsbevollmächtigte Reichsrat in Betracht, der eine glänzende Karriere gemacht hat. Er steht erst im 49. Lebensjahre. Man spricht auch von dem halbjährigen Rücktritt des Zoll- und Steuerdirektors Seubert, der rechten Hand Honells, der schon seit 1882 im Finanzministerium eine maßgebende, aber nicht immer glückliche Rolle gespielt hat, und ein Hauptvertreter des bureaukratischen Systems ist, dem die Volksoberleitung sehr ernstlich zu Leibe rücken will.

Gegenüber diesen Behauptungen betont die „Bad. Landeszeitung“, daß Finanzminister Dr. Honell sich keineswegs mit Rücktrittsgedanken trägt, sondern die feste Absicht hat, nach Weihnachten seine Politik vor dem Landtag zu vertreten und schreibt dann weiter:

„Es wäre dem Minister nicht schwer, aus seinem Gesundheitszustand einen plausiblem Rücktrittsgrund zu machen. Er legt aber, wie gesagt, Wert darauf, sich mit dem Landtag auseinanderzusetzen. Wie man sich auch zu der Politik des Ministers sonst stellen mag, so ist das eine so außerordentliche Auffassung von den politischen Pflichten eines Ministeriums, daß zunächst lediglich Hochachtung gegenüber Dr. Honell am Platz ist.“

**Denkschrift Sachsens und Badens gegen die Schiffsabgaben.**

(Vortsetzung.)

Besonders notwendig erweist sich die Beibehaltung der Abgabefreiheit der natürlichen Binnenwasserstraßen im Hinblick auf die deutsche Schiffsollpolitik. Der energische Schutz der Nationalproduktion nach außen bedingt im Innern die freieste Ausgestaltung jeglicher Verkehrswege behufs möglicher Ausnutzung aller nationalen Produktivkräfte für heimischen und fremden Verbrauch. Nach außen geschickt kann die Volkswirtschaft im Innern die wichtige Arbeitsteilung der Produktion vollziehen, ohne die Entwertung der Produktivkräfte fürchten zu müssen. Der Fortschritt in Technik und Wissenschaft verlangt in Industrie und Landwirtschaft eine Vermehrung der Austauschprozesse und damit Verkehrsintensivierung und Erleichterung insbesondere bezüglich der Produktkosten für Massen Güter, u. a. auch zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Auslande. Besonders wichtig ist dabei die freieste Benützung der Binnengewässer für ein volkswirtschaftliches Gebiet mit geringer Meeresküstenentwicklung, wie für Deutschland. Die Konkurrenzfähigkeit mit anderen Nationen erfordert Freieinkunft des Meeres ins Binnenland durch freieste Flußbenützung und möglichst billige Kanalbenützung. Die Berechtigung erhebt, daß die ohnedies viel schwerer erreichbaren Binnenstationen der Erdgewässerflächen nicht durch Abgabenerhebung geschädigt und damit tatsächlich noch weiter vom Meere weg verlegt werden, als sie sich schon befinden. (Unterstaatssekretär A. D. von Mann, Bericht in der Hauptversammlung des Vereins für Hebung der Fluß- und Kanal-Schifffahrt in Bayern vom 18. Juni 1905.)

Ausführungen gleichen Inhalts sind in den Volksvertretungen zahlreicher ferngelegener deutscher Bundesstaaten, insbesondere im sächsischen und im badischen Landtage mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen worden. Der Hinweis darauf, es spreche der Billigkeit nicht, wenn nach bestehendem Rechte ein Teil der Wasserstraßen — die Kanäle und kanalisierten Flüsse — abgabepflichtig seien, während ein anderer Teil — die regulären Ströme — dem Verkehr unentgeltlich zur Verfügung stünde, kann jene Ausföhrung nicht entkräften. Die regulierten Ströme sind trotz der Kosten, die auf die Verbesserung und Erhaltung ihrer Schiffbarkeit durch Baggerungen, Herstellung von Dämmen, Parallelwehren und ähnliche Maßnahmen aufgewendet worden sind und fortwährend aufgewendet werden müssen, natürliche Wasserstraßen geblieben. Der Unterschied erhebt recht deutlich daraus, daß auf den regulierten Strömen die Beförderung der Schiffe lediglich durch Benützung des Stromes und der auf den Schiffen befindlichen Triebkraft erfolgt, während auf den kanalisierten Flüssen die Schiffe durch besondere Vorrichtungen und Maßnahmen an der Wasserstraße selbst von dem tieferen auf den höheren Wasserpiegel gehoben oder umgekehrt gesenkt werden müssen. Im übrigen sind die großen deutschen Ströme, insbesondere Rhein und Elbe, als die von der Natur geschaffenen Vermittler des Verkehrs zwischen Oberdeutschland, Mitteldeutschland und der Meeresküste, allen Kanälen und kanalisierten Wasserstraßen an volkswirtschaftlicher und politischer Bedeutung überlegen. Ihr Einflußbereich, ihre Anziehungskraft und ihre befruchtende Wirkung erstrecken sich nach allen Richtungen hin weiter als die der kanalisierten und künstlichen Wasserstraßen. Sie gehören zu dem segensbringenden Nationalerbe und sind es — weit mehr noch als die abgabefreien Landstraßen — wert, auf Kosten der Allgemeinheit in Stand erhalten und, wo es not ist, verbessert zu werden.

Auch durch Bezugnahme auf die Entgeltlichkeit der Staatsbahnen läßt sich die Abgabefreiheit der natürlichen Wasserstraßen nicht als unbedenklich hinstellen. Die Staatsbahnen sind gewerbliche Transportunternehmungen des

bedacht nicht weniger als vierundzwanzig dieser kleinen Spieluhr-Kompositionen des Meisters auf, die sämtlich unentgeltlich sind. Eine fünfundsiebzigjährige (für eine sogenannte Antiquar) ging vor kurzen durch die Berliner Autographenfirma Paul Gottschalk in Privatbesitz über.

— **Ein ausserordentliches deutsches Raubtier.** So erklärlich es ist, daß die großen Räuber, wie der Bär, der Luchs und der Wolf, wegen des Schwindens, den sie in der Wildbahn anrichten, schon seit längerer Zeit bei uns ausgerottet sind, so daß sich der Bär schon lange nicht mehr, der Luchs ganz selten in Ostpreußen und der Wolf nur noch ab und zu im Nordosten und Südwesten Deutschlands zeigt, so unerwartlich ist das Vorkommen eines früher allbekannten Raubtieres, des Räubers oder Samojedens. Nachgestellt wird ihm wenig, da er sich hauptsächlich von Fischen, Schnecken, Muscheln, Insekten und auch von Krebsen nährt und ein rein nützliches Leben an verwehrt Bächen und dichtbewachsenen Ausläufern führt. Dieser Wasserwandler, der in der Gegend des Altis, in der Gegend der Hübener Auel und von dem Seiten flüßchen von einem dunkelbraunen Altis zu unterscheiden ist, kam früher, wenn auch nirgendwo häufig, in ganz Nordwestdeutschland vor, ist aber seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts in Nordwestdeutschland mit Sicherheit höchstens dreimal erbeutet und auch in Nordostdeutschland schon so selten geworden, daß jedes erlegte oder gefangene Stück ein Ereignis für die Zoologen ist. Worin der Grund für sein Verschwinden liegt, steht nicht fest, doch scheint es, als ob er mit dem Auftreten der Stodapest, die von einem Teil seiner Nahrung bezuht, verdrängt, und so und so wird es gewirkt, daß hier und da ein Rösser entsetzt ist, in den meisten Fällen handelte es sich aber um junge Hühner oder sehr dunkel gefärbte Kühe. Da jeder deutsche Rösser ein wichtiges Raubtier darstellt, lohnt es sich für den Jäger, solche Stücke dem kaiserlichen Zoologischen Museum in Berlin oder einem anderen kaiserlichen oder Provinzial-Museum einzuführen.

Staates auf entgeltlich erworbenen und künstlich hergestellten Schienenwegen. Die Ströme dagegen sind die von der Natur geschaffenen Wege zur Selbstausführung der Transporte. Zudem ist die Herstellung und Unterhaltung der Eisenbahnanlagen in der Regel weit kostspieliger als die Unterhaltung und Verbesserung der natürlichen Ströme. Sollen Vergleiche angestellt werden, so lassen sich die Ströme weit eher den aus unvorstellbarer Zeit überkommenen großen Handelsstraßen an die Seite stellen, deren Abgabefreiheit voraussichtlich trotz der erhöhten Bedeutung fortbestehen wird, die ihnen durch die Entwicklung des Kraftwagenverkehrs von neuem erwachsen ist und fortgesetzt weiter erwächst. Es wäre sicherlich ein schwerer Fehler der Verkehrspolitik, etwa die Rentabilität der Staatsbahnen durch die Verteuerung der anderen Verkehrswege heben zu wollen.

Allen diesen Erwägungen glaubt die Begründung der Vorlage durch den Hinweis darauf begehren zu können, einmal, daß ohne die unbeschränkte Möglichkeit der Finanzierung von Strombauten und Schiffsabgaben die weitere Entwicklung des deutschen Wasserstraßennetzes zum Stillstand kommen würde und sodann, daß die mit Hilfe der Schiffsabgaben ausgeführten wesentlichen Stromverbesserungen eine die Belastung der Schifffahrt mit den Abgaben überwindende Ermäßigung der Beförderungselbstkosten zur Folge haben werde. Weber daß eine noch das andere kann angegeben werden.

Mit der Befreiung des Stromverkehrs von Wasserzöllen und Wasserweggeldern ist ungeachtet des Wegfalls der den Einzelstaaten hieraus zugeflossenen Einnahmen überall ein mächtiger Aufschwung der Strombautätigkeit Hand in Hand gegangen. In der Erkenntnis, daß die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeitsverhältnisse nicht nur den Schiffahrtsbeteiligten, sondern der ganzen Volkswirtschaft diene, haben die Einzelstaaten die Kosten des Strombaues willig aus der allgemeinen Staatskasse bestritten, auch soweit sie nicht durch Verträge mit anderen Staaten dazu verpflichtet waren. Daß solcher Opferwilligkeit befinden sich die deutschen Ströme anerkanntermaßen in gutem Zustande. Selbst wenn aber über kurz oder lang die Notwendigkeit weiterer kostspieliger Stromverbesserungen hervortreten sollte, so würde nicht zu bezweifeln sein, daß es unmöglich sei, die hierfür erforderlichen Mittel auf dem bisherigen Wege aufzubringen. Insbesondere fällt wohl ohne weiteres die Annahme, daß das Königreich Preußen, dem unter allen Bundesstaaten die ergiebigsten Einnahmequellen zu Gebote stehen, nicht imstande sein sollte, diese Verbesserungen ohne Bruch mit der schwer erkämpften Abgabefreiheit durchzuführen. Ist doch auch von Bayern, Baden, Elsaß-Lothringen die kostspielige Stromregulierung des Rheins zwischen Sonderheim und Straßburg ohne Aussicht auf Dedung der Kosten durch Schiffsabgaben unternommen worden. Noch weniger bedarf es selbstverständlich der Schiffsabgaben zur Erhaltung der Ströme in dem gegenwärtigen Zustande. Die deutschen Bundesstaaten sind zwar wohl sämtlich durch die Verhältnisse geübt, in ihrem Haushalte wirtschaftliche Sparsamkeit walten zu lassen; sie würden aber doch zu offensichtlich gegen ihre eigenen Interessen verstoßen, wenn sie die Stromunterhaltung auch nur vorübergehend vernachlässigen wollten.

Zwingt die Unterhaltung und Verbesserung der natürlichen Schiffswege nicht zur Freigabe der Abgabefreiheit, so vermag ebensowenig der Wunsch, das Reg. der künstlichen Wasserstraßen zu erweitern und nicht schiffbare Flüsse durch Kanalifizierung dem Schiffsverkehr zu erschließen, einen ausreichenden Beweggrund für die Belastung der natürlichen Wasserstraßen mit Abgaben zu bieten. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung von Äulen und Schleusenanlagen können nach dem geltenden Verfassungsrecht durch Abgaben von der Schifffahrt auf den Kanälen und kanalisierten Flüssen gedeckt werden. Vermag der Verkehr auf diesen Wasserstraßen die hierzu erforderliche Belastung nicht voll zu tragen, so ist es gerechter, den Rest aus allgemeinen Staatsmitteln zu bestreiten, als ihn der Schifffahrt auf den Hauptströmen aufzuerlegen und ihr hierdurch größeren Schäden zuzufügen, als sie aus der Herstellung der Kanäle oder aus der Kanalifizierung der Nebenflüsse haben ziehen könnte.

Auch wenn man davon absehen will, die Schifffahrt auf dem Hauptstrom zur Dedung der Kosten für die Herstellung von Kanälen und die Kanalifizierung von Nebenflüssen heranzuziehen, müßte es mehr als zweifelhaft sein, ob wirklich die aus dem Ertrage der Abgaben heranzuziehenden Verbesserungen der Hauptströme des Hauptstromes die Beförderungskosten derart herabmindern würden, daß die Belastung mit Schiffsabgaben diese Vorteile nicht aufhebt. Die erste Vorbedingung hierfür wäre, daß die Abgaben nur für Stromverbesserungen, nicht auch für die laufende Stromunterhaltung erhoben würden, und daß die Erhebung erst dann einsetze, wenn die Stromverbesserungen, von denen die Ermäßigung der Beförderungselbstkosten erwartet wird, bereits vollendet wären. Daß der Entwurf dies nicht beabsichtigt, vielmehr davon ausgeht, mit der Erhebung der Abgaben so bald als möglich zu beginnen, und ihre Höhe von vornherein so zu bemessen, daß ebenso die Kosten der künftigen Stromverbesserungen wie die Kosten der laufenden Stromunterhaltung Dedung finden, beruht außer Zweifel. Sollte preussischerseits damit gerechnet werden, daß der Verkehr auf den natürlichen Wasserstraßen künftig in annähernd demselben Umfange zunimmt wie in den letzten Jahrzehnten, und daß deshalb die ursprüngliche nur nach den Kosten der Stromverbesserungen bemessenen Abgaben in immer steigendem Maße auch Mittel für die Stromunterhaltung liefern werden, so wäre dem entgegenzusetzen, daß es bei den immer schwieriger werdenden Abgabeverhältnissen unserer Industrie sehr zweifelhaft ist, ob sich diese Hoffnungen und Erwartungen erfüllen werden. Will man aus dem Ertrage der Abgaben auch die Kosten der Stromunterhaltung decken, so werden die Abgaben in jedem Falle so hoch bemessen werden müssen, daß die für die Schifffahrt aus den Stromverbesserungen zu erwartenden Vorteile mehr als ausgeglichen werden. Aber auch, wenn die Abgaben ausschließlich auf den Betrag beschränkt blieben, der zur Dedung der Kosten für fertiggestellte, erst nach dem Inkrafttreten des Gesetzes begonnene Stromverbesserungen erforderlich ist, würde es ganz von den besonderen Umständen und wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Wasserstraßen abhängen, ob sich die geschaffenen Erleichterungen stark genug erweisen würden, um die durch die Abgaben bewirkte Frachterhöhung auszuwiegen.

Tritt aber, wie zu erwarten, mit der Einführung der Beförderungselbstkosten eine Erhöhung der Schiffsfrachten ein, so wird diese von den nachteiligsten Folgen für die Gesamtwirtschaft begleitet sein. In erster Linie wird sie naturgemäß den Aktionärn der Binnenflößerei verringern und die Verkehrsverhältnisse der einzelnen Umschlagplätze untereinander verschleppen. Die den Seefahrern entzerrten Umschlagplätze müßten einen Teil ihres Verkehrs an die den Seefahrern näheren Umschlagplätze abgeben. Damit würden nicht nur die seefernen Umschlagplätze selbst schwer geschädigt werden,

sondern auch die von ihnen ausgehenden Eisenbahnlirien, die zu meist anderen Staaten angehoren, als die in den ferneren Um- schlagplätzen einmündenden Eisenbahnlirien. Dem Landverkehr werden die geringwertigen Wassergüter (Steine, Sand usw.) ver- loren gehen, die am Oberlauf der Ströme gewonnen oder erzeugt werden und deren Beförderung sich nur bei niedrigsten Tarifen lohnt.

Mit der Erhöhung der Schiffsfrachten würde ferner eine Verteuerung dieser Roh- und Halbstoffe eintreten, die von den Seehäfen den Gebieten am mittleren und Oberlauf der Ströme durch Binnenschifffahrt zugeführt werden. Zahlreichen industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben dieser Gebiete sind die Ströme als billige Zufahrtsstraßen für Baustoffe, Erze, Koh- len, Kohlen, Düngemittel, Getreide, Holz, Petroleum, Spinnstoffe und andere Roh- und Hilfsstoffe von hoher Bedeu- tung. Die Verteuerung dieser Stoffe mühte die Herstellungskosten vieler Erzeugnisse erhöhen und damit zahlreichen Betrieben den Wettbewerb mit der Industrie der Seengebiete und des Auslandes erschweren.

Durch die Erhöhung der Schiffsfrachten würde auch der Ab- satz zahlreicher Erzeugnisse gefährdet, die selber auf den Strömen befördert wurden. Für die oben erwähnten billi- gen Wasserfrachten spielt die Höhe der Fracht eine ausschlaggebende Rolle. Die Ausbeutung von Stein- und Tonlagern wird häufig überhaupt erst durch billige Verfrachtungsmöglichkeiten möglich. Sand- und Kalkstein, Ziegel und dgl. können nur mit Hilfe billiger Wasserfracht auf größere Entfernungen verladen werden, da andernfalls die Fracht auch den bescheidensten Gewinn verzehrt. Raum weniger als die Industrie würde die Landwirtschaft in den ferneren Teilen Deutschlands unter der Verteuerung der Wasser- frachten durch die Schiffsfrachtabgaben leiden. Abgesehen davon, daß sie ebenfalls von der Verteuerung des Bezugs von Kohlen, Baustoffen, Düngemitteln usw. bedroht wird, ist nicht minder für sie und die Bedingungen ihrer Produktion die Erschwerung des Abzuges ihrer Erzeugnisse wie Holz, Rohspiritus, Zucker, Steine u. s. w. wirtschaftlich gefährdend.

Für die gesamte Bevölkerung der am mittleren und oberen Laufe der Ströme gelegenen Teile Deutschlands droht mit der Befestigung der Abgabefreiheit dieser Transportwege eine Preis- erhöhung wichtiger Lebensmittel und Ver- brauchsgegenstände. Der Wunsch, die Einfuhr ausländischer Getreides zu erschweren, war im preussischen Abgeordneten- haufe einer der hauptsächlichsten Beweggründe für das Verlangen nach Einführung von Schiffsfrachtabgaben auf den deutschen Strö- men. Wird aber der Betrag der Abgaben auf dem Wege der Er- höhung von Frachten und Güterpreisen auf die breite Masse der Bevölkerung überwälzt, so läßt sich die Einführung der Befah- rungsabgaben auch nicht aus dem Gesichtspunkt rechtfertigen, es sei unbillig, die Kosten der Stromverbesserung und Stromunter- haltung den Steuerzahlern in ihrer Gesamtheit statt den Benutzern der Wasserstraßen in besonderen aufzuerlegen.

Nicht ohne Grund ist endlich in Seeschiffverkreisen die Be- fürchtung laut geworden, daß die Binnenschiffsfrachtabgaben den Aktionsradius der Seehäfen an den Rhein, Mosel- und Oberrhein zugunsten der Mittelmeerhäfen beeinträch- tigen und dadurch der deutschen Volkswirtschaft schweren Schaden zufügen würden. Besondere Bedenken hat Oesterreich-Ungarn in zielbewusster Verkehrspolitik die Häfen von Triest und Fiume ausgebaut, die Eisenbahnerbindungen dieser Häfen ver- bessert (Tauernbahn) und auf den meisten österreichischen und un- garischen Bahnen Vorzugsrechte zugunsten zahlreicher Gütertrans- porte von und nach diesen Häfen eingeführt. Auch in der Schweiz ist man bestrebt, den Verkehr aus dem Hafen von Genève, der im Wettbewerb mit dem Verkehr aus den nördlichen Häfen steht, zu fördern. Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß die Einfüh- rung von Schiffsfrachtabgaben auf den deutschen Strömen diese Politik zum Nachteil der deutschen Häfen nur untergraben würde.

Schon auf Grund dieser allgemeinen Erwägungen vermögen die Regierungen Sachsens und Badens die in § 19 des preußi- schen Wasserstraßengesetzes vom 1. April 1909 vorgesehene Einfö- hrung von Schiffsfrachtabgaben auf den regulierten Flüssen als den Gesamtinteressen des deutschen Volks entsprechend und zu- träglich nicht anzuerkennen. Sie können daher eine Abänderung der entsprechenden Vorschriften der Reichsverfassung nicht als gerechtfertigt erachten.

(Fortsetzung folgt.)

### Generalversammlung der deutschen Bühnen- Genossenschaft.

(Von unserem Korrespondenten.)

ab, Berlin, 8. Dezember.

Im Künstlerhause in der Vellenerstraße trat heute vor- mittag unter ungemein zahlreicher Beteiligung von Bühnen- künstlern und Künstlerinnen die diesjährige Generalversamm- lung der Deutschen Bühnen-Genossenschaft zusammen, die die Organisation der Arbeitnehmer im Theatergewerbe darstellt. Das „Schauspiel-Parlament“ hat in den letzten Jahren eine hohe Be- deutung für den Schauspielerstand und damit auch für die breite Öffentlichkeit gewonnen durch seinen Kampf um die Aner- kennung seiner Organisation gegenüber der Organisation der Unternehmer im Theatergewerbe, dem Deutschen Bühnenverein, der die Direktoren fast sämtlicher deutscher Bühnen zu seinen Mitgliedern zählt und dessen Vorsitzender der Intendant der königlichen Schauspiele in Berlin, Graf Hülssin, ist.

Der Präsident der Bühnengenossenschaft, Hermann Nissen eröffnete die Sitzung mit folgenden Ausführungen: Unsere dies- jährige Tagung steht im Zeichen Schillers und wenn Schillers 150. Geburtstag vom ganzen Volke in Verehrung und Bewun- derung für den großen Genius festlich begangen wurde, so haben wir als Schauspieler vor allem Veranlassung daran zu gedenken, denn auch ist Schiller alles, ohne Schiller keine Schauspielerwelt. Aber auch in ethischer Beziehung ist er ein Vorbild. Wir sollen von ihm das Ringen nach Gedankenfreiheit, das Streben nach dem Recht der Selbstbestimmung lernen. Und diesen wä- hleren Willen haben wir in der Versammlung im Vorjahre durch Ablehnung des verwerflichen Bühnenvertrages Ausdruck verliehen. (Leb. Beifall.) Aber auch die Mahnung: Seit einig, einzig, einzig läßt uns Schiller jenseits und einzig wollen wir auch sein. (Bestimmung.)

Unter den Taten der Genossenschaft werden u. a. genannt: Adolf Ritter v. Sonnenthal in Wien, Vorkämpfer der Wasserkunst (Berlin), der frühere Direktor der Berliner Hofoper Ferdinand v. Strauß, Rudolf v. Göttschall und der Dichter Ernst v. Wildenbruch.

Auf der Tagesordnung der Versammlung stehen zunächst die Beratungen über die

#### Revisionsantrag.

Der Berichterstatter (Präsident am Selbstgeschlossener Bühler) beschloß mit Zustimmung der Versammlung der Halle 8 Mil- lionen beträgt. Man hoffe, in einigen Jahren eine Erhöhung der

Bezüge eintreten lassen zu können. In der Vorbemerkung zu den vorliegenden Anträgen wird gesagt: „Durch das am 1. Januar 1910 in Kraft tretende Reichsgesetz über den Versicher- ungsvertrag wird das Recht des privaten Versicherungsvertrages zum ersten Mal und in einheitlicher und umfassender Weise geordnet. Auf Grund dieses Gesetzes sind die nachstehenden Anträge auf Satzungsänderung unter Zustimmung des Kaiser- lichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung entstanden. In der Hauptsache verfolgen diese Anträge eine Präzisierung der schon bei unserer Pensionanstalt gültigen Bestimmungen und somit be- dingte reaktive Veränderung der Satzungen. Von Bedeutung ist hingegen die Änderung des § 16, wonach bei Austritt oder Ausschluß eines Versicherten schon nach drei- (statt bisher fünf-) jähriger Mitgliedschaft die Versicherung sich automatisch (statt bisher auf Antrag) in eine beitragsfreie umwandelt, insofern dem Versicherten gemäß der von ihm geleisteten Beitragshälften dafür ein Altersrente von mindestens 12 M. (statt bisher 30 M.) gewährt werden kann.“ — Es entspann sich zunächst eine Debatte über den Begriff „freiwilligen Aufgebens der Bühnenmitgliedschaft“. Die dazu notwendige Einstellung des Spiels soll von 2 auf 3 Jahre verlängert werden. Hieran kommt es zu einer längeren Debatte über den Antrag Strauß: „Der Ausschluß aus der Genossen- schaft kann erfolgen, wenn ein Mitglied in Nichterfüllung seiner Pflicht sich weigert, dem Ortsverband seiner Bühne beizutreten und auf der Verweigerung trotz mehrfacher Aufforderung ver- harret.“ Direktor Nissen erwidert, daß die Genossenschaft keine Mittel habe, unbotmäßige Mitglieder zum Eintritt in den Ortsverband zu zwingen. Der Antrag wird zurückgezogen. Für die Verlegung der Termine der alljährlichen Vertreterversamm- lung in die Karwoche spricht Klein-Rhodens vom Kleinen Theater. Der Vorsitzende stellt an Hand der Präzisionsliste fest, daß im Ge- gensatz zu den Ausführungen Klein-Rhodens die Majorität der Bühnen-Angehörigen hier vertreten sind. Stark vom Residenz- theater Berlin spricht gegen die Verlegung. Der Antrag auf wä- mentliche Abstimmung wird abgelehnt, bezüglich der Antrag auf Verlegung des Termins in die Karwoche. Es wird noch beschlos- sen, die Behörde zu bitten, die Genehmigung zu einer Geldlotterie zu Gunsten der Wohlfahrtsvereinigungen der Genossenschaft zu geben.

Sodann werden die Verhandlungen auf morgen vertagt.

## Aus Stadt und Land.

Mannheim, 9. Dezember 1909.

Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum feiert morgen der im „Mannheimer Ztbl.“ tätige Aquitateur Herr Koch.

Glodentransport für die Christuskirche. Wie bereits im gestrigen Abendblatt gemeldet, wurden gestern die Gloden für die Christuskirche von Karlsruhe nach Mannheim transportiert. Die Gloden wurden auf drei Goggenauer Lastautomobilen befördert. Die große Glode mit dem Gewicht von circa 6000 Kilogramm wurde auf einem Wagen geführt. Sie hat eine Höhe von 2,10 Meter. Die Glode ist auf den Ton „ad“ gestimmt und hat die Inschrift: „Ich bin das Licht der Welt.“ Die zweite und die kleinste Glode mit dem Gesamtgewicht von 5400 Kilogramm, standen auf einem zweiten Wagen; sie sind 1,90 Meter und 1,35 Meter hoch und auf die Töne „b“, „f“ gestimmt. Die zweite Glode trägt die Inschrift: „Ich bin der Weg“ und die kleine Glode: „Dein Reich komme.“ Auf dem dritten Lastautomobil standen die dritte und vierte Glode mit einem Gesamtgewicht von circa 4500 Kilogramm. Die beiden Gloden haben die Töne „c“, „es“ und sind 1,70 Meter und 1,10 Meter hoch. Sie tragen die Inschrift: „Ich bin die Wahrheit“ und „Ich bin das Leben.“ Die Automobile legten den Weg von Karlsruhe nach Mannheim (circa 70 Kilometer) in 4 Stunden zurück. Es trug je 1 Lastautomobil das respektable Gewicht von circa 120 Zentner, so daß die Goggenauer Lastautomobile damit her- vorragende Leistungsfähigkeit besitzen. Wie schon bekannt geworden, sind die Gloden in allen Teilen bestens ausgefallen und von der Karlsruhe Glodengießerei (Gebrüder Dohert) geliefert.

Musikal. Abend zugunsten des Waisenhanfes St. Anton. Daß das Mannheimer Publikum immer am Platze ist, wenn es gilt, einer guten Sache zu dienen, das dokumentierte die Wohlthätigkeitsveranstaltung, die gestern abend im großen Saale des Ball- hauses stattfand. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt und die Mitwirkenden reicherfertigten diesen starken Besuch durch vorzügliche Darbietungen. In dem Dienst der guten Sache hatten sich in lebendwürdigster Weise eine Anzahl Damen und Herren gestellt, wodurch ein geschmackvoll zusammengefügtes Programm ermöglicht wurde. Den instrumental Teil vertraten die Damen Grete Albrecht, (Schülerin uneres einheimischen Pianisten Hans Storr) und Luise Huber, (Schülerin des Herrn Schäfer), die Herren Hans Gerwig (Violine), Dr. Sievert (Cello), Karl Häbler, Hofmusiker (Klavier) und Hs. Strauß (Horn). Den gesanglichen Part hatten 3 Schülerinnen der Gesangslehrerin Frä. Ely Berna, die Damen Maria Heise, Lony Huber und Ely Kautz inne. Mit einem herzlich vorgetragenen Prolog, der von Frä. Mathilde Durler verfaßt wurde, er- öffnete die kleine Elisabeth Hermann den Reigen der Darbie- tungen. Das dann folgende Gounodische „Ave Maria“ (Frä. Ely Berna, Herren Hans Gerwig, Dr. Sievert, Karl Häbler und H. Strauß) wirkte ungemein schön. Frä. Grete Albrecht brachte ihre Kunst am Klavier durch „Rage G-moll“ von Bach, „Concert- étude à la Tarentella“ von Max Cornet und durch Chopins „Pre- lude des-bur“ zu Gehör. Ernste und heitere Regitationen trug Herr Karl Bauer mit trefflicher Auffassung vor. Besonders das bekannte „Sturmesnot“ wurde mit gutem feilschen Empfin- den wiedergegeben. Frä. Maria Heise, deren weichen, anpre- chenden Sopran zum ersten Male zu hören wir jüngst Gelegenheit hatten, sang mit Wärme und warmem Empfinden „Zwei Kinder- lieder“ von Heinsheimer, „Der Schurk“ von Böhm und Hildbach, „Will niemand singen“, Die Damen Huber und Kautz trauten das Publikum mit 3 Duetten, Herr Hans Gerwig spielte mit Klavi- erbegleitung von Frä. Luise Huber Seigs „Mollkonzert opus 15“. Des weiteren sang Frä. Huber „Kennst du das Land“ aus „Wagnon“, „O wog es nicht“ von Hugo Wolf und „Kreuz- lingsnacht“ von Schumann, mit musikalischer Schönheit. Die Sängerin wählte sich zu einer Preisgabe vor. Es folgte ferner ein mit herzerregend technischer Fertigkeit gespieltes Klavierstück von Frä. Huber, Chopins „Scherso cis-moll“ opus 34. Die Herren Gerwig, Dr. Sievert und Häbler warteten mit dem kunstvollen „Trio G-moll“ von Mendelssohn auf. Radde Frä. Kautz sang hierüber mit der gleichen vorzüglichen Wieder- gabe wie vorher gelungen hatte, spielte Frä. Huber als Schluß- piece Liszts „Jureis Polonoise“. Nach der ersten die Dame mit Klavierbegleitung allen Anwesenden der Komposition. Das Publikum hat bei einer so vorzüglichen Darbietung des Pro- gramms, allen Kolch zum Applaudieren, und spendete deshalb auch nach jeder Nummer reich, dankbaren Beifall. D.

„Die Anträge des Deutschenationalen Handlungsbüchsen-Ver- bandes auf Abänderung der Kaufmannsgerichtsstatuten und die Beschlüsse des Stadtrates“ lautete das Thema, welches in der gestrigen öffentlichen Versammlung des Deutschenationalen Handlungsbüchsenverbandes im „Wilden Mann“ behandelt wurde. Der Redner, Herr Ernst Richter, begründete in einflüß- digem Vortrage die Anträge seines Verbandes. Er stellte mit Genugtuung fest, daß die Beschlüsse des Stadtrates eine Teil- erfüllung der in den Eingaben des D.N.B. niedergelegten Wünsche in Aussicht stellen, so namentlich eine Verlängerung der Wahlzeit in den Nachmittagsstunden, die Einführung des Stellenzettelns zur Feststellung des Wahlergebnisses, die Zulassung von Erfahrenten und die Möglichkeit, bei wichtigen Anlässen die Abhaltung von Plenarsitzungen beantragen zu können. Weiter erwägt der Redner in der erstattetarischen Begrenzung der Anmeldefrist auf die Zeit- dauer von 4—18 Wochen einen lebenswichtigen Fortschritt und be- gründet seine Anschauungen mit dem Hinweis auf die Beteiligung bei den beiden letzten Kaufmannsgerichtswahlen in Mannheim. Während 1904 in 2 Monaten die Vorbereitungen zur Wahl, ein- schließlich Herstellung der Wählerliste erledigt wurden und eine Wahlbeteiligung von 77,5 Proz. festgestellt werden konnte, nahmen die Vorbereitungen zur Wahl 1907 genau den Zeitraum von einem halben Jahr in Anspruch. Die Wahlbeteiligung von 1907 betrug hingegen nur 60 Prozent. Diese zahlenmäßige Minderbeteiligung beweist, daß die überlange Vorbereitungsfrist Mängel in sich schließt. Es muß darauf Bedacht genommen werden, daß allen wahlberechtigten Handlungsbüchsen die Ausübung des Wahl- rechts gesichert wird. Zu diesem Zwecke dient als notwendige Vor- aussetzung die Herstellung von amtlichen Wählerlisten. Der Stadt- rat hat sich für die dahingehenden Wünsche leider nicht entscheiden können. Wenn die Mehrzahl wirklich von der Erwdung aus ge- schäd, die amtliche Wählerliste diene den Wählerorganisationen als ein Mittel zu bequemer Agitation, so müsse Redner ebenso höf- lich wie nachdrücklich wider den Verbot Einpruch erheben, als haben sich die Antragsteller nicht von sachlichen, sondern egoistischen Gründen leiten lassen. Sehr eingehend beschäftigte sich alldann Herr Richter mit den Vorstellen, die mit der amtlichen Wählerliste verbunden sind. Von den beschriebenen Zwangsmaßnahmen für die Prinzipale würde recht wenig zu verspüren sein. Tatsächlich werden heute schon von den Prinzipalen in entgegenkommender Weise die Umfragebogen der kaufmännischen Vereine bereitwillig aus- gefüllt. Richtigin bestünde der Unterschied eben nur darin, daß die Erhebungen nicht privat, sondern amtlicher Natur sein wür- den. Es handelt sich ja weiter nur um eine Maßnahme, die all drei Jahre wiederkehrt. Wog zweifellos hat oder weiter an dem Ergebnis der amtlichen Erhebungen die Stadt Mannheim, die mit allem Recht auf eine vollkommene Statistik hohen Wert legt, ein unerschütterliches Interesse. Schließlich erörtert der Redner noch die Wichtigkeit der Erweiterung des Kaufmannsgerichtsbezirks auf die Nachbargemeinden Friedrichsfeld, Badrumburg, Meinau-Sachsenheim, Sandhofen. In der nachfolgenden freien Aussprache bekundete sich der Kaufmannsgerichtsbürger Bruno Samt zustimmend zu den Ausführungen des Vortragenden. Nach einem Schlußwort des Herrn Vogelmann fand die nachfolgende Entscheidung einstimmige Annahme: „Die am 8. Dezember 1909 im „Wilden Mann“ zu Mannheim des Deutschenationalen Handlungsbüchsen- verbandes versammelten Kaufmannsgerichtswähler und Handlungsbüchsen besannen sich einmütig zu den von der Ortsgruppe Mann- heim im D.N.B. und von der Deutschenationalen Beilager-Kommission am Kaufmannsgericht Mannheim eingebrachten Anträge auf Ab- änderung der statutarischen Bestimmungen betr. das Kaufmanns- gericht in Mannheim. Die Versammelten sind von der Zweck- mäßigkeit und Notwendigkeit der Berücksichtigung aller Anträge überzeugt und begründen aus diesem Grunde auch die 11. Stadtrats- beschluß vom 18. November in Aussicht stehenden Neuerungen durch die geplante Abänderung betr. Ergänzung der §§ 7, 8, 11, 14, 16, 19, 20, 21 und 24 des Kaufmannsgerichtstatuts. Von Minder- stimmigkeit erwarren die Versammelten auch die unersetzte Kandidat der vorliegenden Vorbeschlüsse des Stadtrates. Hierin höchsten Ver- dauern geben die Versammelten jedoch über die ablehnende Hal- tung des Stadtrates gegenüber dem reichsgerichtlichen Verlangen auf Schaffung einer amtlichen Wählerliste Ausdruck. Die dahin- gehende Forderung machen die Versammelten zu der Ueigen um ersuchen den verechlichen Stadtrat und den verechlichen Wäperr ausschluß zu Mannheim um vollste Berücksichtigung. Gleichzeitig räumen die Versammelten an den verechlichen Bürgerausschuß zu Mannheim das höchste Ersuchen, den Stadtrat durch einen ent- sprechenden Beschluß zu beconlassen, mit den Nachbargemeinden in Verhandlungen einzutreten, deren Ziel die Ausdehnung des Kaufmannsgerichtsbezirks Mannheim auf die Nachbargemeinden, insbesondere Friedrichsfeld, Meinau, Sachsenheim, Sandhofen u.“

Die Israel. Vergnügungs-Vereinigung Mannheim veran- staltet am Samstag, den 11. Dezember, abend 9 Uhr, im Ver- einshaus, K 1, Sa, ein Ch. n. u. f. e. s. verbunden mit theo- retischen Aufführungen und darauffolgendem Volk, zugunsten der Israel. Darlehensvereins-Kasse e. V. Alle Arrangements lassen auf einen vergnüglichen Abend schließen.

Nach dem heiteren Winter! Im Nachtrag unserer dies- bezüglichen Notiz im gestrigen Abendblatt bemerken wir, daß der genannte Richtliberorttrag des Kreisvereins Mannheim im Verband Deutscher Handlungsbüchsen, welcher heute Donner- stag abend im Saale des Friedrichshofes, L 15, stattfand, nicht nur für die Mitglieder, sondern auch für die Gäste bei völlig freiem Eintritt geboten wird, und ein Besuch dieses interessanten Vor- trages nur zu empfehlen ist.

Süddeutscher Weinbändler-Verband. In Mainz tagte gestern seit Inkauftreten des neuen Weingesetzes zum ersten Male wieder der Bund der süddeutschen Weinbändlervereine. Die Versammlung fand unter der Leitung von Kammergerichtsrat Haardt in Mainz, der als Vizepräsident die Herren Levin-Randau und Dr. Reuter-Traben-Krausbach beziel. Nebenbei war u. a. auch der Weinbändlerverband Mannheim im Saale des Reichshofes. Das neue Weingesetz zur Beratung. In eine kurze Einleitung über das Gesetz von Seiten des Handelskammerpräsidenten Reuter-Randau knüpfte sich eine ausgedehnte Aussprache, an der sich u. a. auch Herr Stöckheim-Mannheim beteiligte. Die Aussprache verdrängte sich zu einer Erklärung Mittel-Würgurg, die den folgen- den Wortlaut hat: „Der Bund der süddeutschen Weinbändler- vereine empfiehlt dringend, daß nach dem Vergehen Neuenberg in allen deutschen Einzelorten Anweisungen an die Vermählungs- behörden, öffentlichen Anklagenhöfen und Gerichte ergehen, mehr als bisher Entschäfer aus der Praxis möglich schon im ersten Stadi- um einer Verhandlung wegen Hebertretung des Reutungsmitte- lers und Weingesetzes zu nehmen und deshalb mit den Handelskammern in Verbindung zu treten, sei es zum Schutze der Bezeichnung von geringeren Sortenbündeln, sei es zur Klärung von Unklarheiten durch förmliche Nachkommensur.“ Diese Erklärung wurde einstimmig angenommen und soll der Regierung, dem Justizministerium und dem Ministerium des Innern übermittel werden. Ueber den Weiterverlauf nach und nach haben“ sprach Stöckheim-Mann- heim in dem Sinne, daß dieser sehr unähnlich und schland sei. Nachher kamen Verhandlungen der auswärtigen Vertreter vor. Deshalb sei von Material in dieser Richtung, aus Hessen, der Pfalz, Württemberg usw. sehr erwünscht, besonders solches mit Weinen über enthaltene Unannehmlichkeiten usw. damit kann kein Ver- band diese Sache in die Hand nehmen und auf dem nächsten Ver- tretertag darüber zu berichten in der Lage sein würde.

Bevölkerung der Stadt Mannheim. Bekanntlich ist im Laufe der Stadtgemeinde in den jüngsten Jahren durch Aus- wanderer stark, besonders ein neues Bild der Stadt Mannheim aus der Vogelperspektive mit dem Bild auf die Hofmannslogen, die Hoch- und auch die Vororte angefertigt wurden. Wir möchten hier- auf hinweisen, daß die vom Kurhessentum Carl Bühl in Hirsch

hinfällig ausgeführt, außerordentlich wirkungsvollen Wörche dieses neuen Bildes sowohl beim städtischen Rechnungskontrollbureau, als auch beim Verkehrs-Bureau und in verschiedenen Geschäften der Stadt zu einem mäßigen Preise erhältlich sind. Diese Vertriebsanstalten dürften sich nach Größe und Ausstattung in der jetzigen Zeit besonders zu Weihnachtsgeschenken eignen.

**Aus dem Großherzogtum.**

\* Schwygingen, 8. Dez. Die Masern (Röteln), diese ansteckende fieberhafte Infektionskrankheit, die mit Frösteln, Husten, Schnupfen beginnt und dann rote Flecken im Gesicht und am Körper zeigt und die zumeist unsere lieben Kleinen befällt, grassieren in besorgniserregender Weise. In Ostersheim sind über 80, in Ketsch etwa 40-60, in Brühl ungefähr 20 Kinder an den Masern erkrankt und beginnen diese nimmern auch in Schwygingen um sich zu greifen. Es finden augenblicklich Erwägungen statt, die auf Schulstich abzielen.

\* Ostersheim, 9. Dez. Wie verlautet, wurde hier infolge der Tabaksteuer der Betrieb der Zigarrenfabrik Straßburger am letzten Samstag auf unbestimmte Zeit geschlossen. In Betracht kommen ca. 30-40 Personen, die nunmehr arbeitslos wurden.

\* Ostersheim, 9. Dez. In der Scheune seines Hauses hat sich gestern vormittag ein 50 Jahre alter verwitweter Arbeiter erkängt. Der Unglückliche war früher beim Proviantamt Mannheim beschäftigt; seit längerer Zeit krank, scheint er in diesem Zustand des Lebens überdrüssig geworden zu sein.

\* Plankstadt, 8. Dez. Bei den bevorstehenden Bürgerauswahlgewahlen werden die Nationalliberalen und das Zentrum Hand in Hand geben. Das aufgestellte Komitee hielt Mittwoch abend in der „Rose“ eine Beratung ab.

\* Plankstadt, 9. Dez. Ueber einen peinlichen Zwischenfall bei einer Beerdigung in Plankstadt berichtet die „Sdm. Jg.“: Bei der Trauerfeier am Grabe eines hiesigen Mannes wurde trotz gegenseitigen Erblickens ein Kranz mit roter Schleife niederzulegen versucht. Die Familienangehörigen waren darob sehr erregt, worauf der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins die Schleife entfernte und auch die beabsichtigte Ansprache unterließ. Der Kranz wurde später über die Kirchhofmauer geworfen. Das Vorkommnis wird allseitig besprochen.

\* Heilberg, 9. Dez. Wie das „Heilberger Tageblatt“ erzählt, soll das Amtsjubiläum des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wildens am Vorabend des Tages, an welchem er vor 25 Jahren seinen Dienst hier angetreten, d. h. am 14. Januar l. Js., durch einen Fackelzug und ein daran sich anschließendes allgemeines Bankett festlich begangen werden.

\* Freiburg, 5. Dez. In Untersimonswald geriet der 14jährige Volksschüler Franz Joseph Reichensbach in die Transmission eines Mühlenwerkes und wurde zermalmt.

\* Aus Mittelbaden, 5. Dez. Der Schaffner Gottlieb Biegert aus Dundenheim (Amt Offenburg) wurde auf der Station Littersweiler von einem Schnelzug erfaßt und schwer verletzt. Der 56jährige Mann wurde in das Spital nach Achern verbracht, wo er nach kurzer Zeit seinen Geist aufgab.

**Pfalz, Hessen und Umgebung.**

\* Wingen, 8. Dez. Die Hebung der beiden bei Niedermoll gesunkenen Keimen nähme ist gegenwärtig im Gange. Der Wasserlauf ist in langsamem Niedergang begriffen. Die Schiffahrt ist ziemlich belebt. Braunkohle werden von hier nach den niederrheinischen Häfen zu 3-3½ Pfennig per Zentner verfrachtet. Die Schlepplöhne zu Thal zeigen keine Neigung zu Steigerungen und stehen normal.

**Von Tag zu Tag.**

\* Raumborn, Kiel, 9. Dez. Bei Knoop am Kaiser Wilhelmkanal wurde gestern der Wochenlohnträger von zwei Handwerksburschen überfallen, ermordet und beraubt. Die Leiche des Ueberfallenen wurde abends aufgefunden. Einer der Täter wurde ergriffen, der andere ist flüchtig.

**Letzte Nachrichten und Telegramme.**

\* Neustadt a. d. V., 9. Dez. (Weis-Telegr.) In einer gestern nachmittag abgehaltenen Versammlung von Vertretern der Pfälzer Verkehrs- und Verschönerungsvereine sowie der Auer- und Stadtwahlvereine wurde die Gründung eines Allgemeinen Pfälzischen Verkehrsverbandes beschlossen, der den Verkehrsinteressen der Pfalz dienen soll.

\* Stuttgart, 9. Dez. Direktor Wilhelm von Stierlin, Vorstand der Verwaltungsabteilung in der Königlich Generaldirektion der Eisenbahnen und zugleich Mitglied des Rates der Verkehrsanstalten, ist heute vormittag 10 Uhr in seinem Bureau an einem Schlaganfall gestorben.

\* München, 9. Dez. Der Kunstmalers Prof. Hermann Kau- bach ist in der vergangenen Nacht gestorben.

\* Newyork, 9. Dez. „Newyork Times“ veröffentlicht den Inhalt einer von dem Kapitän Dooie und dem Versicherungsmakler Dunlop abgegebenen Erklärung, nach welcher Dr. Cool ihnen 4000 Dollars für ihre Mitarbeit an dem Bericht über die Polarreise von Spartenberg bis zum Pol zugesagt hat; Dr. Cool sei jedoch abgetrennt, nachdem er ihnen nur einen geringen Teil der vereinbarten Summe ausbezahlt habe.

**Sozialdemokratische Budgetbewilliger.**

m. Berlin, 9. Dez. (Telegr.) Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, hat ein Gesetzentwurf, der die provisorische Steuererhebung in den ersten 6 Monaten des kommenden Jahres anordnet, in der Kammer einstimmige Annahme gefunden. Durch dieses Gesetz werden sowohl die Erhebung der indirekten als direkten Steuern geregelt, so daß wir es abermals mit einer Budgetbewilligung durch die Sozialdemokratie zu tun haben. Ein ähnlicher Vorgang wird uns aus der württembergischen Gemeinde Feuerbach gemeldet, wo der hauptsächlich aus Sozialdemokraten sich zusammensetzende Stadtrat einhellig beschloß, die Erlaubnis zur Erhebung der indirekten Steuern auf 3 weitere Jahre nachzusuchen. Die „Ndn. Zeitung“ meint dazu, man wird gut tun, zunächst abzuwarten, wie die Berliner Parteileitung sich zu einem infolgenten Verfahren der süddeutschen Genossen stellen wird, die anscheinend der Berliner Belehrung nicht recht zugänglich sind. Die Budgetbewilligung in staatlichen und städtischen Körperschaften ist immerhin ein Anfang zu praktischer Mitarbeit und ein Verlassen der Berliner Belehrung nicht recht zugänglich sind. Die Budgetbewilligung in staatlichen und städtischen Körperschaften ist immerhin ein Anfang zu praktischer Mitarbeit und ein Verlassen der Berliner Belehrung nicht recht zugänglich sind.

**Der Brand des Hamburger Gaswerks.**

w. Hamburg, 9. Dez. Von den im Hamburger Hafen-Kronenhaus untergebrachten Schmelzwerken ist gestern in

später Abendstunde der Arbeiter Döring gestorben, so daß die Zahl der Toten nunmehr 15 beträgt. Außerdem wird ein Coerführer vermißt, der bei der 1. Explosion ins Wasser gesprungen ist und wahrscheinlich ertrunken ist.

**Zur Lage in England.**

\* London, 9. Dez. Gestern abend hielten 10 Mitglieder der Regierung Wählreden, von dem früheren Kabinett der Erminster Epistelen. Die Ablehnung des Budgets verteidigten die Lords Chamberlain und Keirbell in Neben, die sie in Romford bezug in Wellingtonshire hielten. Die Bemerkung Keirbells, daß England im Innern vom Sozialismus und im Außen von Deutschland bedroht wird, wurde mit Gelächter aufgenommen, worauf Keirbell ausrief: „Sie werden mir nicht glauben, bis Ihnen die Deutschen ihre Wajonette in den Leib stoßen!“ was erneutes Gelächter hervorrief.

\* London, 9. Nov. Der gestern veröffentlichte Tarif-Plan wird hier viel besprochen. Die konservativen Wähler ignorieren gänzlich das Schema; heute äußern sich nur „Morning Post“ und „Standard“ dazu, die es als interessant, aber nicht als maßgebend betrachten. Sie verweisen darauf, daß zur Kompensation für Fülle auf andere Lebensmittel die Abgaben auf Thee, Zucker usw. ermäßigt werden sollen. Die liberalen Wähler betrachten das Schema als maßgebend und sagen, sie seien dankbar für die Veröffentlichung dieses teuren Nahrungsmittel-Budgets, durch welches die extremen Tarifreformer von Vrientinghom einen Druck auf Volkstour ausüben wollten, der jetzt schwerlich eine Darlegung seiner Ansichten über die Nahrungsmittel-Prepene- zung umgeben könnte.

**Die angebliche Erkrankung der Kaiserin von Rußland.**

\* Petersburg, 9. Dez. Der Korrespondent der Petersburger Telegraphen-Agentur telegraphiert aus Livobla, die im Auslande verbreiteten Gerüchte über eine angebliche Erkrankung der Kaiserin Alexandra seien vollständig unbegründet; die Kaiserin macht täglich Ausfahrten und Spaziergänge.

**Deutscher Reichstag.**

w. Berlin, 9. Dez.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, v. Schön, Bismuth, Delbrück, v. Tirpitz, Kräfte, Dernburg, Wahnshaffe.

Das Haus und die Tribünen sind dicht besetzt. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

**Erste Lesung des Etats.**

**Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:**

Meine Herren! Der Etat, in dessen Beratung Sie eintreten, ist mit besonderer Vorsicht aufgestellt. Das zu tun war die erste praktische Forderung aus den Ereignissen der letzten Session. Die Einnahmen sind — der Reichsschatzsekretär wird das noch näher ausführen — so veranschlagt, daß das „Ist“ mit dem „Soll“ sich decken wird.

Allen Anforderungen für die Aufrechterhaltung unserer Beherrschung wurde genügt. Allgemeine Rücksicht war es, in keinem Ressort das Maß des unbedingt Notwendigen zu überschreiten. Der Anleihebedarf ist soweit wie irgend möglich eingeschränkt worden. Mit den verbündeten Regierungen werden die Parteien darin übereinstimmen, daß es unsere erste Aufgabe ist, dem Lande eine solide Finanzangebarung zu geben (sehr richtig!) und bei Lösung dieser Frage werden auch diejenigen Parteien wieder zusammenarbeiten müssen, welche über die Steuern aneinander geraten sind. Mögen die politischen Differenzen fort dauern oder nicht, auf die Vorgänge der letzten Zeit gehe ich nicht zurück. Ich kann mir davon keinen Nutzen für die vorliegenden Geschäfte versprechen. (Sehr richtig! rechts.)

Nur in einem Punkte muß ich das Vergangene kurz berühren. Man hat gefragt und auch die Frage zumeist mit scharfen Vorwürfen begleitet, weshalb die verbündeten Regierungen im Kampf über die neuen Steuern nicht eingegriffen hätten. M. H.! Es ist nicht richtig, daß die verbündeten Regierungen sich in diesem Kampf unthätig verhalten hätten. Was in diesen Streitigkeiten unmittelbar greifbar war, war die falsche Berechnung über die Verteuerung, welche einzelne Verbrauchsgegenstände durch die neuen auf sie gelegten Steuern erforderten. Diese falschen Berechnungen sind die verbündeten Regierungen in einer Reihe von berichtigten und auffällenden Artikeln wiederholt entgegengetreten. Allerdings haben sie es getan, ohne sich in die Parteipolemik einzumischen. Das haben sie unterlassen, nicht aus irgendwelchen theoretischen Gründen, nicht weil ihnen etwa der Mut gefehlt hätte, für die Beschlüsse der Parteien einzutreten, die sich am letzten Ende über die Bewilligung neuer Steuern in der erforderlichen Höhe verständigt hatten, sondern weil sie keine praktischen Erfolge voraussetzen konnten. Verhindert hätte sie die leidenschaftliche Agitation nicht, dafür war die allgemeine politische Erregung zu groß. Anstatt zu beruhigen, hätten die Regierungen den Kampf immer aufs neue belebt. Ueber die Verantwortung, die auch die Regierungen übernahmen, als sie den Beschlüssen des Reichstages zustimmten, sind sie sich niemals im Zweifel gewesen; so wenig, wie sie sich der Plut von Vorwürfen entzogen haben, die ihnen wegen dieser Zustimmung gemacht worden sind. Sie sind heute noch wie im Juli fest davon überzeugt, daß es nur mit dieser Zustimmung möglich geworden ist, Ihnen den Etat vorzulegen, der eine allmähliche Gesundung der Reichsfinanzen verspricht. (Rechts. Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Meine Herren! An der Thronrede sind die hauptsächlichsten gesetzgeberischen Vorlagen genannt, die den Reichstag in der bevorstehenden Session beschäftigen werden. Man hat zum Teil erwartet, daß sich neben diesem Aktionsprogramm der Gegenwart noch ein allgemeines für die Zukunft entwickeln würde. Wie mir scheint, entspringt diese Erwartung in erster Linie Parteibedürfnissen. Daber denn auch das weitere Verlangen nach programmatischen Erklärungen, auf welche Mehrheitskonstellation ich mich zu stützen gedachte. Offen gestanden, meine Herren, was für Vorstellungen sind es, die diese Frage angehen haben? So entschieden es von jeder die einzelnen Parteien abgelehnt haben, und noch ablehnen, Regierungspartei zu sein, so wenig kann in Deutschland eine Regierung Parteiregierung sein. (Sehr wahr! Lebhaftige Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Mit den Schwierigkeiten, die sich hieraus

ergeben, hat noch jeder deutsche Staatsmann zu kämpfen gehabt. Und an diesem Verhältnis, das ein geschichtliches ist und das durch unser Parteisein, unsere staatlichen Institutionen begründet wird, hat auch die letzte Krisis keinen Deut geändert. Gewiß, der Radikalismus hat ein lebhaftes Interesse daran, ganz Deutschland in zwei politische Lager zu trennen, je nach der Stellung, welche die einzelnen Parteien zu einzelnen Teilen der letztjährigen Steuervorlage eingenommen haben. Er macht dabei ausgezeichnete Geschäfte. (Sehr richtig! rechts.) Ein solcher Dualismus ist eine Fiktion und zwar zu Parteizwecken, an der aber trotz der Verbitterung, die bei uns eingezogen ist, auf die Dauer nur festgehalten werden kann, wenn zum Schaden unserer politischen Entwicklung ganze Parteien auf ihre Geschichte, auf ihre Tradition und auf ihr Ziel verzichten sollen. (Beifall links.)

Ich kann nicht sehen, daß das Land irgend welche Vorteile davon hätte, wenn es gelänge, die Gegensätze, welche sich über die neuen Steuern entwickelt haben, für alle Ewigkeit auf unser ganzes politisches Leben fortwirken zu lassen. Die gegenwärtige Situation glaubt man mit einer abschlägigen Kritik treffend damit kennzeichnen zu können, daß man sie eine Periode der Stagnation nennt. Man spricht dafür auch das geschmackvolle Wort des „Fortwurstels“, weil nur geschäftsmäßige Vorlagen, keine Fragen von hoher politischer Bedeutung den Reichstag diesen Winter beschäftigen.

Meine Herren! Ich sehe nichts von Stagnation. Wenn der Reichstag das ihm vorliegende und noch vorzuliegende Besum absolviert, dann wird er ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet haben. (Sehr richtig!) Ist es denn richtig, daß die vorliegenden Arbeiten so nüchtern und geschäftsmäßig sind, so sehr allen politischen Interessen entbehren? Hört man lediglich auf gewisse Stimmen, so macht es allerdings beinahe den Eindruck, als ob die politische Nervosität so abgestumpft hätte, daß wichtige Vorlagen unserer Sozialpolitik und unserer Rechtspflege, wie sie Ihnen angeht, nicht worden sind, Fragen, die zum größten Teil lange Jahre von den Parteien umstritten worden sind, deren Lösung als ein bringendes politisches Interesse bezeichnet werden würde — ich sage, daß Fragen von solcher Bedeutung mit dem Augenblick, wo wir praktisch an ihre Lösung herantreten, jedes politische Interesse verloren hat (lebhafteste Zustimmung), als ob nur dann scharf gewürzte Kost durch möglichst grundsätzliche Änderungen sozialer Institutionen noch genießbar wäre. Meine Herren! Ich schließe die Augen nicht vor der parteipolitischen Erregung, die unser Land durchzieht. Aber das behaupte ich, daß weite Kreise des Volkes anders denken und nicht auf die Dauer von der politischen Sensation und von Verärgerung leben wollen. Was das Volk in erster Linie verlangt, ist, daß es in seiner wertvollen Arbeit, mag sie nun wirtschaftlicher oder kultureller Art sein, hier und draußen auf dem Weltmarkt nicht durch Unruhe und Experimentieren gestört, sondern eben durch eine stetige und feste Politik sowohl im Innern wie nach außen gestützt und gefördert werde. (Lebhafteste Zustimmung.) Und glaubt man nun, daß diesem Verlangen mit seinen vielfältigen Bedürfnissen damit gedient wäre, wenn die gesetzgebenden Arbeiten, von denen ich sprach und die zum Teil sehr tief in das wirtschaftliche und politische Leben eingreifen, unter Schema gestellt werden, daß nimmern die Schlagworte „Radikalismus“ und „Reaktion“ kamen? (Sehr wahr!) und jede gesunde Entwicklung, jeden vernünftigen Fortschritt unmöglich machen.

So wenig eine Nation ohne politischen Kampf leben kann, so wenig vermag sie es, durch hochpolitische Sensationen und Streitigkeiten dauernd in Atem gehalten zu werden. (Sehr wahr!) Solche Streitigkeiten müssen daher das Vertrauen nach innen und das Ansehen nach außen (schonend und schließlich aufheben. (Zustimmung rechts.) Dazu sind die Zeiten nicht angetan. Wir können uns nicht gestatten, uns bei Vergangenenem aufzuhalten oder untätig zu bleiben. Wer sich wie Deutschland seine wirtschaftliche und kulturelle Stellung durch nüchterne Arbeit erungen hat, kann sich auch nur in solcher Arbeit behaupten und wie — lassen Sie Deutschlands Geschichte in sich vorübergehen — es nicht hier und da eine einzige Partei gemelten ist, die Deutschland das Gepräge gegeben hat, sondern wie dabei alle Kräfte des Volkes mitgewirkt haben, so muß es auch in Zukunft bleiben. Darin spricht sich nicht der in den letzten Wochen so viel bespottete Ruf nach politischer Mitarbeit oder gar ängstliche Sorge vor Schaffung einer parlamentarischen Majorität aus, nein, m. H., das nicht, sondern die Ueberzeugung, daß es einen Zwang gibt, den die Volksgemeinschaft jedem ihrer Glieder auferlegt, und die Gewißheit, daß dieser Zwang auch die heutigen Toren und Wirren überdauern wird. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum, Unruhe links.)

**Nur die echte Scotts Emulsion, keine Nachahmung!**

Der Welt Ruf von Scotts Emulsion bürgt für die Güte des Präparates, und die mit ihm erzielten Erfolge sind unbestritten. Billigere, vielfach minderwertige Nachahmungen von Scotts Emulsion hat es von jeher gegeben und neue tauchen immer wieder auf.

Es hieße aber am verkehrten Ende sparen, wenn man anstelle des altbewährten Original-Präparates solche Nachahmungen kaufen wollte, denn nur der Erfolg entscheidet, und diesen hat die echte Scotts Emulsion aufzuweisen. Darum Vorsicht beim Einkauf! Man besetze darauf, die echte Scotts Emulsion mit unserer bekannten Fischerschuhmarke zu erhalten und lasse sich keine Nachahmungen aufreden!



8720

Volkswirtschaft.

Neue Rhein-Anstalt-Gesellschaft.

Den bereits im Mittagsblatt veröffentlichten Abschlussziffern...

Das Grundstücks-Geschäft erbrachte gegenüber dem Vorjahre einen höheren Gewinn...

Der geringere Erlös aus Holz- und Erdarbeiten, wie auch aus Mieten...

Der geringere Erlös aus Holz- und Erdarbeiten, wie auch aus Mieten...

n. Mannheimer Produktenbörse. Die Tendenz am heutigen Getreidemarkt...

Nach Auslande werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, ein Rotterdam...

Roggen russischer 9 Pud 10-15 schwimmend M. 130.50 bis M. 131...

Gerste russ. 58-59 per Dezember M. 104-105, do. 59-60...

Safer russischer prompt 45-47 Rg. schwimmend M. 107 bis 108...

Weizen Lapsata gelb 2te terms schwimmend M. 121 bis 121.50...

Preussische Pfandbrief-Bank. In der gestrigen Aufsichtsrats-Sitzung...

Telegraphische Handelsberichte.

Preisfestsetzung der Stabeisenkonvention. Düsseldorf, 9. Dez. In der heutigen Sitzung...

Abchlüsse von Brauereien. Berlin, 9. Dez. In der Generalversammlung der Brauerei Pilsenerberg...

Neues vom Dividendenmarkt. Berlin, 9. Dez. Die Dividende der deutschen Hypothekbank...

Vergabung von Portlandzementlieferung. Hamburg, 9. Dez. In der heutigen Submission auf Lieferung...

Wiederaufnahme der Schifffahrt auf dem Rhein. m. Köln, 9. Dez. (Tel.) Der Wasserstand des Rheines...

Zahlungsschwierigkeiten. Weissenfels, 9. Dez. Die erst 8 Monate bestehende Schuhfabrik von Brendel...

Berlin, 9. Dez. Aus dem Berliner Holzhandel wird der Frkf. Ztg. geschrieben...

General-Versammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin. Berlin, 9. Dez. In der heutigen Generalversammlung...

Berlin, 9. Dez. In der heutigen Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft...

die ihre Bautätigkeit bis auf weiteres einschränken können, nur in geringem Umfange vorliegen...

New-York, 9. Dez. Der Präsident der Phoenix Insurance of Brooklyn, Sheldon...

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, and their prices.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Bargzahlung per 100 Rg...

Mannheimer Effektenbörse.

Alteins Geschäft war heute in Aktien der Bad. Brauerei zu 70 Prozent...

Obligationen.

Table listing various bonds and their prices, including Pfandbriefe and Städte-Anleihen.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 9. Dez. Fonds Börse. Eine Veränderung der Lasten und abwartenden Haltung der Börse...

Berlin, 9. Dez. Aus dem Berliner Holzhandel wird der Frkf. Ztg. geschrieben...

Berlin, 9. Dez. In der heutigen Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft...

Berlin, 9. Dez. (Anfangskurse.)
Kreditaktien 231. - - -
Disk.-Komm. 196.70 196.70
Staatsbahn 158. - - -
Bombardier 23.10 - - -
Vohmann 250.50 - - -

Berlin, 9. Dez. (Schlusskurse.)
Wechsel London 20.465 20.46
Wechsel Paris 81.15 81.17
4% Reichsbank 102.40 102.40
4% Reichsbank 1909 - - -
4% Reichsbank 94.10 94.16
3% Reichsbank 1909 - - -
3% Reichsbank 85.10 85.10
4% Reichsbank 101.40 102.40
3% Reichsbank 1909 - - -
3% Reichsbank 94.10 94.10
3% Reichsbank 85. - - -
3% Reichsbank 85. - - -
4% Reichsbank 100.80 - - -
4% Reichsbank 1909/09 - - -
3% Reichsbank 94.10 94.30
3% Reichsbank 1909/07 93.70 93.70
3% Reichsbank 93.70 93.50
3% Reichsbank - - -
3% Reichsbank 81.90 81.70
3% Reichsbank 84.50 84.40
3% Reichsbank 1905 96.50 96.60
3% Reichsbank - - -
3% Reichsbank 91.20 91.40
3% Reichsbank 87. - - -
3% Reichsbank 210.20 210.70
3% Reichsbank 181.20 181.20
3% Reichsbank 136.80 136.50
3% Reichsbank 145. - - -
3% Reichsbank 245.20 244.10
3% Reichsbank 196.60 196.70
3% Reichsbank 161.40 162. - - -

W. Berlin, 9. Dez. (Telegr.)
Kreditaktien 210.20 210.60
Diskonto Komm. 196.60 196.60

Pariser Börse.

Paris, 9. Dez. (Anfangskurse.)
3% Rente 89.07 89.17
3% Rente 97.30 97.30
Banque Ottomane 733. - - -
Rio Tinto 1861 1860
Deere 477. - - -
Suez 138. - - -
Goldminen 155. - - -
Rudmines 230. - - -

Londoner Effektenbörse.

London, 9. Dez. (Telegr.)
3% Konsols 83 1/2
4% Reichsbank 102 1/2
4% Reichsbank 1909 94 1/2
3% Reichsbank 85 1/2
4% Reichsbank 101 1/2
3% Reichsbank 1909 94 1/2
3% Reichsbank 85 1/2
4% Reichsbank 100 1/2
4% Reichsbank 1909/09 94 1/2
3% Reichsbank 1909/07 93 1/2
3% Reichsbank 93 1/2
3% Reichsbank 93 1/2
3% Reichsbank 81 1/2
3% Reichsbank 84 1/2
3% Reichsbank 1905 96 1/2
3% Reichsbank 91 1/2
3% Reichsbank 87
3% Reichsbank 210 1/2
3% Reichsbank 181 1/2
3% Reichsbank 136 1/2
3% Reichsbank 145
3% Reichsbank 245 1/2
3% Reichsbank 196 1/2
3% Reichsbank 161 1/2

Wiener Börse.

Wien, 9. Dez. (Vorm. 10 Uhr.)
Kreditaktien 670.20 670.50
Bankaktien 503.50 501.50
Wiener Bankverein 544.70 546.50
Staatsbahn 743.50 742.50
Bombardier 123.50 23.40
Hornnoten 117.90 117.97
Wechsel Paris 95.80 95.70
Kreditaktien 670.20 672. - - -
De. erricht. Ungarn 1740 1777
Ban. u. Ver. A. G. 584. - - -
Ungar. Kredit 781. - - -
Wiener Bankverein 547. - - -
Bankaktien 501. - - -
Zürf. Bank 221. - - -
Hornnoten 728. - - -
Kreditaktien - - -
Hornnoten 21.50 21.50
Staatsbahn 742.50 744.20
Bombardier 123.70 123.5

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 9. Dez. (Telegramm.)
Weizen per 100 kg 219.75 220.75
Mais per 100 kg 215.30 217.50
Roggen per 100 kg 168.75 168.50
Hafer per 100 kg 155. - - -
Weizenmehl 29.75 29.75
Roggenmehl 22. - - -

Budapester Produktenbörse.

Budapest, 9. Dez. (Telegramm.)
Weizen per 50 kg 13.79 - - -
Roggen per 50 kg 9.93 - - -
Hafer per 50 kg 7.56 - - -
Weizenmehl 29.75 - - -
Roggenmehl 22. - - -

Liverpooler Börse.

Liverpool, 9. Dez. (Anfangskurse.)
Weizen per März 7 1/2 fest
Mais per Dez. - - -

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 9. Dez. (Anfangskurse.)
Die heutige Börse stand die Neigung, neue Engagements einzugehen, hinter den Leichtheiten zurück, teilweise Realisationen vorzunehmen, ohne daß jedoch das Angebot geringen Umfang annahm.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Reichsbank-Diskont 5 Prozent.
Schlusskurse.
Wechsel.
Amsterdam kurz 169.57 168.57
Belgien 20.85 20.85
Italien 20.69 20.65
Lond. 20.47 20.457

Afrika Industrieller Unternehmen.

Süd. Zuckerfabr. 151.50 153. - - -
Süd. Zuckerfabr. 100. - - -
Süd. Zuckerfabr. 104. - - -
Süd. Zuckerfabr. 125. - - -
Süd. Zuckerfabr. 89.20 89.5

Bergwerksaktien.

Vohmann Bergbau 256.20 250
Hibernia 117.60 117.35
Konsolid. Bergbau 213.40 211.80
Hibernia 135. - - -
Hibernia 216.25 216.25

Bankbriefe, Prioritäts-Obligationen.

4% Pr. B. 99.80 99.80

Bank- und Versicherung-Aktien.

Badische Bank 184.50 184.50
Berg u. Metall 119.50 119.50
Berl. Handelsbank 181.40 181.2
Comerz. u. Disk. 116.89 116.80

Frankfurt a. M., 9. Dez.
Kreditaktien 210.20
Diskonto-Komm. 196.60
Staatsbahn 158.50
Bombardier 23.10
Vohmann 250.25
Weisenkuchen 216.50
Kornpreise 23.40

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Telegramm-Adresse: Margold. Fernsprecher Nr. 56 und 1637.
9. Dezember 1909.
Provisionfrei!

Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt.
Ber. Käufer
Räuser
A. G. für Mühlenbetrieb, Reutbad a. N. 100
Kilas-Lebensversicherung-Gesellschaft, Ludwigshafen 37.390
Badische Feuerversicherung-Gesellschaft, Mannheim 37.390

Verantwortlich:
Für Inhalt: Dr. Fritz Goldmann;
für Kunst und Technik: Georg Christmann;
für Lokale, Provinzial- u. Verlagsleitung: Rich. Schönfelder;
für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Richter;
für den Interatenteil und Geschäftliches: Fritz Jock.
Druck und Verlag der Dr. S. Schönschen Buchdruckerei.
G. m. b. H.: Director: Ernst Müller.

COMPLET IN ALLEN GRÖSSEN ARTEN UND PREISEN.
SCHIRMSTÄNDER.
PAPIERKÖRBE.
WÄSCHEPUFFS.
TAPETEN-HAUS VON DERBLIN.
C 1 2.
6977



# Aufruf.

In unserer Stadt ist die Gesellschaft für Mutterschafts-Versicherung ins Leben getreten, nachdem bereits unsere Landeshauptstadt Karlsruhe mit dem guten Beispiel vorgegangen ist. Wieder einmal gilt es den Ruf unserer badischen Heimat als eines Mutterlandes zu bewahren, indem wir auf einem der wichtigsten Gebiete der sozialen Wohlfahrt und Hygiene dem übrigen Deutschland vorangehen! Die Gesellschaft bezweckt die Verbreitung und Verwirklichung des Mutterschafts-Versicherungsgedankens, damit allen bedürftigen Wöchnerinnen ein hinreichender Schutz zur Erhaltung ihrer eigenen Gesundheit und der ihrer neugeborenen Kinder gewährt wird. Der Staat, die Gesellschaft brauchen gesunde Mütter, die für ihre Kinder nicht nur Quelle des Lebens, sondern auch Quelle der Gesundheit werden.

Die Mutterschafts-Versicherung gewährt in ihrer Mutterschaftskasse durch Selbstversicherung den bedürftigen Müttern, die keiner Krankenversicherung angehören, durch ausreichende Geldunterstützung die Möglichkeit, sich nach der Geburt eines Kindes die nötige Ruhe und körperliche Pflege angeeignet zu lassen; sie bietet der Mutter Gelegenheit zur Erfüllung ihrer heiligsten Mutterpflicht, zum Stillen ihres Kindes.

Es steht heute fest, daß die überwiegende Anzahl aller Mütter (80 Prozent) dieser Pflicht genügen können; darum ist es eine der wichtigsten Forderungen jeder Gesundheitslehre, eine wahrhaft lohnende Arbeit an der gelunden Zukunft unseres Volkstums den Grundlag in die Tat anzusetzen: Jeder Mutter ihr Kind!

Die Gesellschaft für Mutterschafts-Versicherung will diesen Gedanken durch Propaganda, durch Wort und Tat verwirklichen. Karlsruhe, der Karlsruher Stadtrat, die Bad. Landesversicherungs-Kassa, hochberühmte Menschenfreunde und alle Gesellschaftsklassen, haben die erste deutsche Mutterschaftskasse gegründet.

An alle, die ein warmes Herz für Volksgesundheit und Volkswohlfahrt haben, ergoht sich in Heidelberg der Ruf: „Hilft uns!“ Tretet unserer Gesellschaft für Mutterschafts-Versicherung bei! Wir sind über unsere Ziele und Zwecke, nicht unserer Sache die bedürftigen Frauen zu, damit wir die drohende Gefahr für die Zukunft unseres Volkes im Keim erlösen, das Hebel an der Quelle befestigen können! — Krankheiten verhüten ist wichtiger als Krankheiten behandeln! Nur gesunde Mütter können uns gesunde Kinder großziehen! Durch Volksgesundheit zur Volkswohlfahrt!

Heidelberg, 8. Dezember 1909. 4012

**Der Ortsausschuß:**  
 Obd. Regierungsrat Kolla, Großb. Amtsverwand, Friedrich Pfeilsand, Bürgermeister, J. Böckl, Stadtrordneter, E. Heßl, Arbeitervereinsrat des Gewerkschaftsvereins, Dr. J. Brunn, prof. Arzt, I. Vorstand der V.-G. für Mutterschafts-Versicherung, S. Rath, Vorl. d. Vorkommensamtes, Prof. Dr. Peter, Direktor der Kinderklinik, Otto Frommel, Stadtphysikus, Dr. Rud. Hirsch, Rechtsanwalt, Carl Fänher, Stadt-, A. Hoff, Generalsekr. des Gew.-Ver. der deutschen Zigarrenarbeiter, O. D. A. Krohn, Gauleiter der freien Tabakarbeiter, Med. Rat Dr. Ritz, Bezirksarzt, Max Klebsch, Stadtrat, Prof. Menge, Direktor d. Frauenklinik, Med. Rat Dr. Rittermaier, Dr. Pflanz, Bezirksrathgeber, G. Red, Vorl. des ärztlichen Gewerkschaftsvereins, Stadtrordneter A. Rausch, Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins, Prof. Dr. W. Salomon, J. E. Sauer, Pfarrkurat, Gustav Schäfer, Eisenbahn-Betriebsleiter, Kommerzienrat Direktor Friedr. Schott, Vorsitzender der Handelskammer, Dr. G. Schottler, Rechtsanwalt, Frau Rechtsanwältin Bauer, Frau Dr. W. Hahn, Vorl. d. Frauenvereins, Frau Dr. Mann, Frau Major Brand, Frau Gesslin Grauberg, Frau Marie Gumbel, Frau Geheimrat Jellinek, Frau v. Karowe, Frau Hofrat Pöschel, Frau Prof. Samuels, Frau Dr. Schluß, Frau Prof. Schneider, Frau Ernestine Speiser.  
 Nähere Auskunft erteilt der Vorstand.



## Weihnachts-Geschenke für das kleine Volk!

- |   |  |
|---|--|
| Lamfelljäckchen . . . von 3 <sup>50</sup> bis 1 <sup>75</sup>           | Hemdhöschen Normal von 3 <sup>00</sup> bis 1 <sup>10</sup>               |
| Astrachanjäckchen von 6 <sup>00</sup> bis 3 <sup>25</sup>               | Mädchen-Reform-beinkleider . . . von 2 <sup>00</sup> bis 1 <sup>70</sup> |
| Astrachanmäntelchen von 1 <sup>700</sup> bis 7 <sup>00</sup>            | Sweater . . . . . von 3 <sup>50</sup> bis 0 <sup>90</sup>                |
| Capes Lamfell mit Capuze von 6 <sup>80</sup> bis 3 <sup>25</sup>        | Kinderschürzen für das Alter von 2 bis 5 Jahren 0 <sup>95</sup>          |
| Wagendecken Eibür-Felle von 8 <sup>00</sup> bis 5 <sup>00</sup>         | Kinderschürzen für das Alter von 5 bis 7 Jahren . 1 <sup>45</sup>        |
| Weisse Panamakleidchen von 6 <sup>00</sup> bis 3 <sup>85</sup>          | Knaben-Spielschürzen von 2 <sup>50</sup> bis 0 <sup>90</sup>             |
| Russenkittel . . . . . von 6 <sup>00</sup> bis 3 <sup>85</sup>          | Fäustel weisse u. farbig von 0 <sup>45</sup> bis 0 <sup>27</sup>         |
| Häubchen . . . . . von 5 <sup>00</sup> bis 0 <sup>60</sup>              | Handschuhe . . . von 0 <sup>90</sup> bis 0 <sup>50</sup>                 |
| Rodelmützen . . . von 3 <sup>00</sup> bis 0 <sup>95</sup>               | Gamaschen weiss u. farbig von 2 <sup>00</sup> bis 1 <sup>10</sup>        |
| Tellermützen . . . . . von 3 <sup>85</sup> bis 1 <sup>60</sup>          | Strümpfe . . . . . von 1 <sup>00</sup> bis 0 <sup>45</sup>               |
| Pelzgarituren . . . von 1 <sup>1<sup>50</sup></sup> bis 1 <sup>90</sup> | Handtaschen . . . von 0 <sup>65</sup> bis 0 <sup>50</sup>                |
| Regenschirme . . . von 2 <sup>80</sup> bis 1 <sup>45</sup>              | Lackgürtel . . . . . von 0 <sup>75</sup> bis 0 <sup>65</sup>             |
| Wollpuppen . . . . . von 1 <sup>25</sup> bis 0 <sup>50</sup>            | Stickkasten . . . . . von 2 <sup>00</sup> bis 0 <sup>45</sup>            |

## Kinderhandarbeiten. HIRSCHLAND Planken P 3, I. Bilderbücher gratis für die Kleinen.

## Rosengarten Mannheim NIBELUNGENSAAL. Sonntag, den 12. Dezember 1909, abends 8 Uhr Grosses Volkstümliches Konzert

- Mitwirkende:
- a) Gesangverein Flora
  - b) Gesangverein Liederhalle
- Leitung: Herr Musikdirektor Friedrich Gellert.
- c) Het Amsterdamsch Vocaal-Sextett  
 Francisca Fischer, Sopran, Marietje Jansen, Mezzo-Sopran, Mien Verhage, Altistin, Hendrik van Siraaten, Tenor, Theo van Vliet, Bariton, Gerard Leenders, Bassist
  - d) Herr Josef Jakobs, Cello
  - e) Herr Johannes Stegmann, Harfe
  - f) Herr Raimund Schmidpeter, Orgel
  - g) die gesamte Kapelle des II. Bad Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm I. Nr. 110
- Leitung: Herr Obermusikmeister Max Vollmer.

- Vortrags-Ordnung:
- I.
1. Ouverture Leonore III . . . . . Beethoven.
  2. Vorträge des Holländischen Vokal Sextetts:
    - a) Wilhelmus von Nassau, Holländische Volkshymne
    - b) Ein Kind ist uns geboren . . . . . Röntgen.
    - c) Walandacht mit Sopran-Solo . . . . . Abt.
  3. Kol Nidrei, Adagio für Violoncello mit Orchester und Harfe nach hebräischen Melodien . . . . . Bruch. (Cello: Herr Jakobs). (Harfe: Herr Stegmann).
  4. Chorvorträge des Gesangvereins Flora:
    - a) Nachtränke . . . . . Storch.
    - b) Trällerlied . . . . . Körling.
  5. Chor der Friedensboten a. Renzi . . . . . R. Wagner.
- II.
6. Vorspiel z. Loreley . . . . . Bruch.
  7. Vorträge des Holländischen Vokal Sextetts:
    - a) Innsbruck, Dich muss ich lassen . . . . . Isaac.
    - b) Die Könige Weihnachtschor . . . . . Cornelius.
    - c) An einem Bichlein (italienisch) . . . . . Waelrant.
  8. Ballade für Harfe mit Orchesterbegleitung . . . . . Alberstätter. (Harfe: Herr Stegmann).
  9. Chorvorträge des Gesangvereins Liederhalle:
    - a) Eleusa . . . . . H. Wagner.
    - b) Waldgesang . . . . . Schneeberger.
  10. Fantasie a. d. Wunderlieder . . . . . Gellert.
- III.
11. Divertissement aus dem Trompeter von Säckingen . . . . . Neesler.
  12. Vorträge des Holländischen Vokal Sextetts:
    - a) Fastnacht, Altholländisches Tanzliedchen [1600]
    - b) Tic e Tic e Toe, italienisches Volkslied
    - c) Amor im Nacken (italienisch) . . . . . Gastaldi.
    - d) Die Strehle, althebräische Weise.
  13. Solovorträge für Violoncello und Harfe:
    - a) Le Cygne (Der Schwan) . . . . . Saint-Saëns.
    - b) Ave Maria . . . . . Schubert. (Violoncello: Herr Jakobs). (Harfe: Herr Stegmann).
  14. Chorvorträge der vereinigten Gesangvereine Flora und Liederhalle:
    - a) Wanderschaft . . . . . Zöllner.
    - b) Der frohe Wandersmann . . . . . Mendelssohn.
    - c) Stilleben . . . . . Kirchl.
  15. Altniederländisches Dankgebet: . . . . . Kramser. Chor: Die vereinigten Gesangvereine Flora und Liederhalle. Orchester: Die Grenadierkapelle. Orgel: Herr Schmidpeter.

Das Konzert findet bei Wirtschaftsbetrieb statt. — Kasseneröffnung abends 7<sup>45</sup> Uhr.  
**Eintrittspreise:** Tageskarte 50 Pfg., Dutzendkarten 5 Mark. Kartenverkauf in den durch Plakate kenntlich gemachten Vorverkaufsstellen, im Verkehrsbureau (Kaufhaus), in der Zeitungs-halle beim Wasserturm, beim Portier im Rosengarten und an der Abendkasse.  
 Ausser den Eintrittskarten sind von jeder Person über 14 Jahren die vorschrittmässigen Einlasskarten zu 10 Pfg. zu lösen. 33041

### Gelegenheitskauf.

Hochines eich. Schlafzimmer, Partie ein/eine Schränke, Bettstellen, Divans, Schreibtische u. a. sehr billig zu verkaufen.  
**Pistiner, K 3, 21.**

### Verlobungs-Anzeigen

liefert schnell und billig  
**Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei.**

**G. Tillmann-Matter** Altrenommiertes Atelier  
 Portraits in höchster Vollendung.  
 Weihnachts-Aufträge werden frühzeitig erbeten.  
 Tel. 570  
 Bitte mein Schaufenster P 2 Nr. 1 zu beachten.

**Zu Weihnachtsgeschenken** empfehlen wir:  
 Ziegenfelle, Angorafelle  
 Fussäcke, Fell-Autodecken  
 in grösster Auswahl zu billigen Preisen  
**List & Schlotterbeck**  
 P 7, 1, Heidelbergerstr. Tel. 1858.  
 Sonntags ist unser Geschäft von 11 bis 7 Uhr geöffnet.  
 6702

**Frachtbriefe** aller Art, sehr vortheilhaft bei  
**Dr. B. Haas'sche Buchdruckerei**

Was ist das beste Gewürz für Milch und Mehlspeisen?  
 Nur **Dr. Oetker's** Vanillin-Zucker.  
 Derselbe ersetzt die teuren Vanilliestangen vollständig und ist ausgezeichnet durch seine Billigkeit u. Ausgiebigkeit.  
 Zum Backen nur das echte **Dr. Oetker's** Backpulver. 5901

In wenigen Tagen stomper Erfolg bei **Harnröhrenkrankungen und Frauenleiden**  
 durch **Dr. Foelsing's Mucosan**. Von berühmten Autoritäten empfohlen. Patent geschützt. Dittorff'sche Buchdruckerei. In den Apotheken zu RM. 4.—  
**Dr. A. Foelsing, Offenbach a. M.** 8851

**Lederwaren - Partieware**  
 Ein Riesenposten feiner Lederwaren kommt Freitag, 9. Uhr vormittags und folgende Tage in den Verkauf.  
 Der Posten besteht aus modernsten Damentaschen, Buchhüllen, Romantrücker, Brief- und Brusttaschen, Portemonnaies, Geldbeutel usw.  
 Unter vielem Anderen:  
 Leder-Portemonnaies enorme Auswahl . . . 1<sup>00</sup> und 2<sup>00</sup> Mk.  
 Feine Damentaschen echt Leder . . . . . 2<sup>50</sup> Mk.  
 Grosse Riesen Damentaschen darunter Seehund, Wallross usw. . . . . nur 5<sup>00</sup> Mk.  
 Feine Lederwaren mit Silber- etc. Beschlägen . . . . . 3<sup>50</sup> und  
 Visitenkartentaschen Wert bis 20.— Mk. 5<sup>00</sup> Mk.  
 Nur Barverkauf. **Ernst Kramp, D 3, 7.**

**G. Tillmann-Matter** Altrenommiertes Atelier  
 Portraits in höchster Vollendung.  
 Weihnachts-Aufträge werden frühzeitig erbeten.  
 Tel. 570  
 Bitte mein Schaufenster P 2 Nr. 1 zu beachten.

**Vermischtes**  
 Welch' gütiger Mensch unterhält eine Dame, ihre geistigen Arbeiten in die Welt zu bringen. Gest. Ch. u. P. 20 an D. Hrens, Mannheim, 4031

**Heirat.**  
 Heirat. Witwe, 30., gebild., eigen. Verm. sucht die Bekanntschaft eines vornehm., gel. Herrn. Offert. erb. unt. 21558 an die Exped. d. Bl.

Wett. Frau i. d. 40 J., jugendl. angenehm. Ausg., kath. thät. i. Haush. u. 2000 L. bar (1 Woch. 10 Jahre a.) sucht auf dies. Wege brau. Mann i. a. Stellung u. geord. Verhältnis, an Heirat. Gest. Ch. u. Nr. 21947 a. d. Exped. d. Bl.

Heiraten leb. Standes vermittelt unt. Distret. Ch. u. Nr. 11512 a. d. Exp. d. Bl.